





# Polizeiminister Fried.

## Der Spannung der Thüringer Rechtsregierung.

Die Thüringische Rechtsregierung steht vor ihrer Vollendung. Es bekämpft sich, daß die Nationalsozialisten das Innenministerium übernehmen werden, sie präsentieren für diesen Posten Herrn Dr. Fried aus München.

Die Nationalsozialistische Partei erklärt so oft als es nur von ihr verlangt wird, daß sie auf die Verfassung von Weimar pfeift. Ihre Redner versichern von der Tribüne des Reichstages herab, daß sie die politischen Führer der Mehrheit des deutschen Volkes aufzuheben oder zu töpfen beabsichtigen, falls sie zur Macht gelangen. Ausgerechnet diese Partei beschloß sich vorrats und der Ordnung soll künftig in Thüringen das Polizeiministerium führen!

Wir nehmen selbstverständlich nicht an, daß der künftige führende Polizeiminister nun die Thüringer Sozialdemokraten verhaften und an den Galgen hängen wird. Wir stellen jedoch fest, daß der künftige Thüringer Polizeiminister ein Hochverräter ist.

Ausgerechnet Herr Dr. Fried! Dieser Dr. Fried war einer der Drahtzieher des Hitler-Putsch. Er war bestimmt, das Polizeipräsidium in München zu übernehmen. Seine Rolle ist im Hitler-Prozess festgestellt worden.

Dieser Putschist und Hochverräter hat eine politische Vergangenheit. Am 9. Oktober 1920 entflohen aus München ein gewisser Leutnant Schweikhardt, der dringend verdächtigt war, das Dienstmädchen Maria Sandmaier ermordet zu haben. Der flüchtige Mörder war ausgestattet mit einem falschen Paß, den er von der Abteilung 6 der Münchener Polizeidirektion erhalten hat. Der Vorstand dieser Abteilung war Dr. Fried. Mit Hilfe dieses falschen PASSES kam Schweikhardt im nächsten Jahre nach München zurück. Er ist dringend verdächtigt, den unabhängigen Landtagsabgeordneten Gareis bei diesem Besuch ermordet zu haben.

Der Vorwurf, diesen Schweikhardt durch das Wissen um die Paffschäpfung begünstigt zu haben, ist gegen Fried innerhalb und außerhalb des Parlaments immer wieder erhoben worden.

Dieser Fried hielt am 27. Januar 1928 im Reichstag eine Rede zugunsten der Fememörder. Er verlangte eine Amnestie für die Rathenau- und Erzberger-Mörder. Dabei führte er aus:

„Die Schuld der Schuld und Tötungen wiegt federleicht gegenüber den todeswürdigen Verbrechen, die die Erzberger und Genossen gegen das deutsche Volk begangen haben.“

Er beschimpfte weiter den ermordeten Erzberger, den ermordeten Rathenau und verlangte dann Anklage wegen Landes- und Volksverrat gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Scheidemann und den Reichstagspräsidenten Böbe. Zum Schluß beschimpfte er die Republik, die er ein jämmerliches, auf Meineid und Hochverrat aufgebautes Gebilde nannte.

Dieser Mann, der von fanatischem Haß gegen die Republik und gegen die Republikaner, gegen die Weimarer Verfassung erfüllt ist — das ist der künftige Innenminister von Thüringen! Ihm soll die Polizeigewalt, der Schutz von Verfassung und Gesetz, in die Hand gegeben werden!

## Weimar, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Die neue thüringische Regierung wird nach dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen den künftigen Regierungsparteien nicht wie bisher aus zwei, sondern aus drei Ministern und fünf Staatsräten bestehen. Die Sparpolitik des Bürgerblocks treibt also jetzt bereits Blüten. Als Finanzminister ist der Führer der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Erwin Baum, ausersehen. Wirtschafts- und Justizminister soll der Gothaer Rechtsanwalt Dr. Kästner werden. Dem Ganzen wird durch die Ministerchaft des nationalsozialistischen Paffschisten Dr. Fried die Krone aufgesetzt.

Am Freitag ist Hitler in Weimar eingetroffen. Er hielt abends vor einem geschlossenen Kreise bürgerlicher Abgeordneter einen Vortrag über das Thema „Politik und Wirtschaft“. Es verlautet, daß er u. a. auch in die Verhandlungen über die Regierungsbildung eingegriffen hat.

# Der Republikshuß.

## Die Beratung schreitet vorwärts.

Der Straßengesellschaft des Reichstages fuhr heute in der Beratung des Republikshußgesetzes fort. Bei der Beratung des § 6 des Entwurfs, dessen Wortlaut in der gestrigen Morgenausgabe vom „Vorwärts“ wiedergegeben wurde, kritisierten die Oppositionsparteien den Regierungsvorschlag, der vom Staatssekretär Zweigart verteidigt wurde.

Auch die Abgeordneten Eminger (Bayer. Volkspartei) und Bunderlich (D.D.) kritisierten Einzelheiten des § 6, worauf ihnen Abgeordneter Dittmann (Soz.) antwortete: Man stelle die Dinge auf den Kopf, wenn von Deutschnationalen und Kommunisten behauptet würde, daß die Oppositionsparteien so ungeschwerlich verfolge würden. In Wahrheit suchten doch gerade Nationalsozialisten und Kommunisten in den Versammlungen andere Parteien zu terrorisieren. Vertreter beider Parteien hätten erst die Macht erlangt hätten, gäbe es überhaupt keine Meinungsfreiheit mehr. Andersdenkende würden dann systematisch vernichtet werden. Wenn die Oppositionsparteien von der Wafform der Demokratie aus den Kampf zu führen suchten, so sei darauf zu erwidern, daß sie keine Demokratie, sondern die Karikatur einer Demokratie. Nur wer die gleichen Pflichten anerkenne, dürfe die Rechte der Demokratie in Anspruch nehmen. Die Kommunisten und Nationalsozialisten forderten Rechte der Demokratie für sich, suchten aber Andersdenkende an der Ausübung der gleichen Rechte zu hindern. Dagegen wolle das Gesetz die Republik schützen und das politische Leben befreien.

Bei der Abstimmung wurde § 6 nur dem Unterschiede gegenüber der Regierungsvorlage angenommen, daß Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten nunmehr demjenigen angedroht wird, der die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdete.

§ 7 des Entwurfs wurde nach kurzer Beratung gemäß den Vorschlägen der Regierung angenommen.

Schließlich nahm der Ausschuß nach kurzer Besprechung § 8 des Entwurfs an, welcher lautet: Deutsche und Ausländer können wegen der in den §§ 1 bis 6 bezeichneten Handlungen auch verfolgt werden, wenn diese Taten auch im Ausland begangen sind.

# Der Faschismus in Genf.

## Römischer Druck auf Schweiz und Völkerbund.

Genf, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Das faschistische Pressegeschrei gegen die Schweiz und besonders gegen Genf wegen angeblicher Duldung antisowjetischer Aktivitäten, vorbereitungen geht weiter, wenn bisher auch nicht die Spur eines Verdachts hätte bekräftigt werden können. Vielmehr teilt die Schweizer Polizei offiziell mit, daß einige „von ausländischer Stelle“ her gemeldete Indizien sich als falsch erwiesen hätten. Es zeigt sich immer mehr, daß es der Regierung Mussolini gar nicht so sehr auf die Sicherheit ihrer Völkerbunddelegation ankommt, sondern der Feldzug gegen die Schweiz ganz bestimmte politische Hintergründe und Ziele hat. Die Situation der 12 000 Mann starken italienischen Kolonie in Genf und verschiedene Vorgänge innerhalb der Bereinigung der Völkerbundjournalisten sind geeignet, diese Hintergründe zu beleuchten.

Die italienische Kolonie in Genf ist dem italienischen Konsul in Lausanne ein Dorn im Auge, weil es bisher noch nicht gelungen ist, die Mehrheit der Kolonie zum Faschismus zu bekehren.

Trotz der offenen und versteckten Drohungen mit Geschäftsabschlüssen, Paffschwierigkeiten usw. hält sich der größte Teil der italienischen Kolonie in Genf von allen faschistischen Kundgebungen fern.

und der Genfer Faschia leidet trotz aller Unterstützung von Lausanne und Rom an ständigem Wägelschwund, denn es herrscht in der italienischen Kolonie in Genf reges geistiges Leben, beileibe weder anarchistischer noch kommunistischer Färbung. Die Regierung in Rom will dem passiven Widerstand der Genfer Italiener gegen den Faschismus das Rückgrat dadurch brechen, daß man die geistigen Führer der Genfer Kolonie, und seien es auch nur die völlig unpolitischen Vorstände der Unterhaltungsvereine, zum Verlassen Genfs zwingt; darum wird dem Kanton Genf in der faschistischen Presse gedroht, daß man die Verlegung des Völkerbundstages — was für Genf schweren wirtschaftlichen und moralischen Schäden bedeuten würde — fordern werde, wenn Genf nicht energisch gegen die Antifaschisten vorgehe. Dabei unter Antifaschisten natürlich alle Italiener verstanden werden, die nicht zum Faschio gehören. Mehrfaches Zurückweichen der gegenüber Italien überaus ängstlichen Außenpolitik des Bundesrates Mosca hat es Rom wieder ratlos erscheinen lassen, daß das Bundesamt als und der Bundesregierung zu bedienen, um auf den Kanton Genf einen Druck auszuüben.

Gefährlicher noch als die passive Resistenz des Hauptteils der Genfer italienischen Kolonie dünkt dem Faschismus die Zulassung nichtfaschistischer italienischer Journalisten beim Völkerbund. Das sind in der Mehrzahl italienische Journalisten, die als Vertreter oder freie Mitarbeiter verhältnismäßig unpolitischer Blätter in Genf schon vor dem faschistischen Gewaltstreich ansässig waren und die von ihren Zeitungen getündigt wurden, weil

die faschistische Herrschaft nach der Unterdrückung der freien Presse in Italien die Beschauung auch der journalistischen Auslandsposten mit wachsenden Faschisten verlangte.

Bei diesen Kündigungen ist unter dem Druck des Faschismus von den Verlegern zum Teil mit einer Rücksichtslosigkeit vorgegangen worden, die nicht dazu angetan war, jene Journalisten, die zum Teil ziemlich weit rechts standen, zu Freunden des Faschismus zu machen. Es ist vorzuziehen, daß ein Familienvater von Zeitung zu Zeitung gehetzt wurde, bis schließlich auch der letzte italienische Verleger in einer kleinen Zwangsstadt ihm anklagen mußte, daß er ihn nicht mehr beschäftigen könne, da der faschistische Kommissar

es verbiete. Der betreffende Journalist lebt heute als Angestellter in einer französischen Fabrik in äußerst armselichen Verhältnissen. Natürlich gibt es auch Journalisten, Angehörige der italienischen sozialistischen Partei, und andere, die es als ihre Aufgabe betrachten, der italienischen Polizei in Genf auf die Finger zu sehen. Beneidenswert ist ihre Lage nicht, denn

das Völkerbundsekretariat bzw. der Völkerbundsekretär versuchen mit jenem Eifer, ein freundschaftliches Verhältnis zu den Nachhabern Italiens aufrechtzuerhalten, wobei sie oft bis hart an die Grenze des mit der demokratischen Pressefreiheit zu vereinbarenden gehen.

So mußte unter dem Druck des Völkerbundsekretärs ein italienischer sozialistischer Korrespondent, der den Völkerbunddienst des „Daily Herald“ in London versieht, von seinem Posten im Vorstand der Vereinigung der Völkerbundjournalisten „freiwillig“ zurücktreten!

Erinnert man sich zu allem, daß das Völkerbundsekretariat wie das Internationale Arbeitsamt sich bei allen möglichen Anlässen — internationales Lehrfilminstitut, St.-Georg-Asyl, Internationales Agrarinstitut usw. — der römischen Herrschaft so entgegenkommend wie möglich gezeigt haben, so begreift man, daß der Faschismus die Genfer internationalen Institutionen als Einrichtungen ansieht, die mit etwas Nachdruck und politischer Berissenenheit zu Werkzeugen zur Bekämpfung des antisowjetischen Logers gemacht werden können. Der Augenblick zu einem solchen Vorgehen mag besonders günstig erscheinen, weil Frankreich, das bei früheren Gelegenheiten verschiedentlich den faschistischen Ansprüchen im Völkerbund entgegengetrat, zurzeit strebt, sich Italiens Entgegenkommen auf der Londoner Seefahrtstagung zu sichern.

## Seidenangst der Faschisten.

Bern, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Durchsicht der bei den Genfer Anarchisten beschlagnahmten Korrespondenz keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben hat, daß sie an irgendetwas antisowjetischen Aktivitäten beteiligt wären. Die Genfer Polizei hat sich auch der französischen Polizei zur Verfolgung der angeblich von der französischen Grenzstadt Annemasse nach Genf gehenden Spuren zur Verfügung gestellt. Aber auch hier ist die Untersuchung negativ verlaufen.

Trotzdem teilt der Völkerbundsekretär in einem Rundschreiben an die Beamten des Sekretariats mit, daß zum Schutze der Ratstagung diesmal eine äußerst rigide Ueberwachung erfolge. Führer und Polizei werden bei jedem Betreten des Sekretariats die Legitimationskarten prüfen. Ausstehenden wird der Eintritt während der Ratstagung nur gegen Vorlegung eines PASSES oder sonstiger Identitätspapiere gestattet. Das Parkieren von Autos im Hofe ist während der Tagung überhaupt verboten. Außerdem will man das Parken direkt vor dem Völkerbundgebäude unterbinden.

Zudem verlautet, daß das italienische Außenministerium, das sich über alle Genfer Polizeimaßnahmen auf dem laufenden hält, mit den in Aussicht genommenen Veränderungen nicht zufrieden sei. Mit der italienischen Delegation werden deshalb noch mehr italienische Kriminalbeamte als sonst in Genf einrücken. Ferner bringen die Wallener Sonderzweits mit, wie sie Fiat für die königliche Familie und die Spigen des Faschismus gebaut hat, und deren Eigentum in einer Zwischenfütterung der Wände und des Bodens mit leichten Stahlpfatten besteht.

# Enthüllungen aus der Friedensbewegung

## Dogmatismus mit französischem und tschechischem Geld?

Seit etwa fünf Jahren wehrt sich der Herausgeber der „Menschheit“, der vor kurzem aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausgeschlossene Pazifist Fritz Röttcher, gegen die Unterstellung, daß die „Menschheit“ von französischer Seite subventioniert werde. In einem Prozeß gegen die „Saarbrücker Zeitung“, den Röttcher wegen dieser Unterstellung geführt hat, sagte ein Zeuge unter anderem aus, daß er aus dem Munde eines Beigeordneten des Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission Irland gehört habe, Professor Förster oder die „Menschheit“ seien für Frankreich die 50 000 Franken wert, die sie jährlich von Frankreich erhielten. Da Professor Förster in dieser Sache als Zeuge in Paris eidlich behauptet hat, daß er weder fürlich noch für die „Menschheit“ von französischer Seite jemals einen Beitrag erhalten hat, blieb für das Saarbrücker Gericht nur die Annahme übrig, daß die Subventionen von 50 000 Franken direkt an die „Menschheit“ geflossen sind.

In der am 12. Januar erscheinenden Nummer der „Menschheit“ richtet nun Fritz Röttcher an die Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er unter anderem folgendes sagt:

Seit einhalb Jahren weiß ich, daß ein solcher Betrag von einer pazifistischen französischen Seite an eine Persönlichkeit der Deutschen Friedensgesellschaft, zeitweilig Redakteur der „Menschheit“, heutiger Mitarbeiter des „Anderen Deutschland“ bezahlt wurde. Ich habe verlangt, daß der Betreffende das Saarbrücker Gericht informiere, es geschähe nichts. Darauf habe ich mich vertraulich an das Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft gewandt mit der Bitte, diese Angelegenheit im Friedensauschuß der Deutschen Friedensgesellschaft zu behandeln. Dabei legte ich dem Präsidium eine mir zur Verfügung gestellte Erklärung einer über die Sachlage informierten Persönlichkeit bei, die jederzeit bereit ist, sie vor Gericht unter Eid zu wiederholen. In dieser Erklärung wird gesagt:

„Im Jahre 1924/25 hat Professor Förster von französischer Seite 50 000 Franken erhalten. Der Betrag wurde an Herrn ... ausgehändigt und von ihm an den deutschen pazifistischen Kreise verteilt. Die „Menschheit“ bzw. Herr Röttcher hat von diesem Betrag nichts erhalten. (Der betreffende Herr war damals nicht Redakteur der „Menschheit“.) Teilbeträge wurden über ein Konto geteilt, das meinen Namen trug, für das Herr ... im Besitz der Vollmacht war. Aus tschechischen Kreisen sind ebenfalls an Herrn ... weit höhere Beträge geflossen. Auch diese Beträge wurden an pazifistische Kreise verteilt. Die „Menschheit“ bzw. Herr Röttcher haben von diesen Beträgen nichts erhalten, dagegen „Das andere Deutschland“.“

Durch diese Erklärung wird die Zeugenaussage des Professors Förster in dem Saarbrücker Prozeß in ein mehr als merkwürdiges Licht gesetzt. Aus der Erklärung geht hervor, daß die deutsche

Friedensbewegung von französischen und tschechischen Kreisen finanziell unterstützt worden ist. Die Deutsche Friedensgesellschaft wird nicht umhin können, sich zu dieser Erklärung in der breitesten Öffentlichkeit zu äußern.

# Polizeikomödie in Jena.

## Wenn du denkst, du hast's.

Wolff-Telegramm aus Jena vom 10. Januar, 14 Uhr 25: Auf Anweisung des Oberreichsanwalts wurde in seiner hiesigen Wohnung der ehemalige Führer des Kampfbundes (Gau Thüringen) Max Grande verhaftet und dem Oberreichsanwalt vorgeführt.

Wolff-Telegramm vom 10. Januar, 17 Uhr 25: Die Verhaftung des Thüringer Kampfbundführers Max Grande konnte, wie sich jetzt herausstellt, nicht durchgeführt werden. Als gegen 8.30 Uhr in der Wohnung Grandes ein Beamter des Thüringer Landeskriminalamtes erschien, um Grande im Auftrag des Oberreichsanwalts zur Vernehmung abzuholen, stellte sich heraus, daß der Beamte keinen Befehl zur Vernehmung mit sich hatte, so daß Grande nach der Vernehmung wieder freigelassen werden mußte. Als der Beamte später mit einem Haftbefehl, den er sich inzwischen verschafft hatte, in die Wohnung Grandes zurückkehrte, war dieser spurlos verschwunden.

# Kommunisten-Säuberung.

## Nach bolschewistischem Muster in Deutschland.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium der kommunistischen Internationale angeordnet, daß die kommunistische Partei Deutschlands einer Säuberung unterworfen werden solle. Bis zum 10. Februar sollen aus der Partei sämtliche Elemente entfernt werden, die in die Partei eingetreten sind und der Ideologie der Partei nicht entsprechen. Mit dieser neuen Säuberungsaktion in der KPD. will die kommunistische Internationale alle Anhänger der Rechts- und Linksopposition vollständig entfernen. Die Säuberungsaktion wird unter Führung des Mitgliedes der deutschen Sektion der kommunistischen Internationale durchgeführt werden.

Der aus der russischen kommunistischen Partei ausgeschlossene Karl Kabet ist wieder in die Partei aufgenommen worden.

Die Entdeckung Boyens. An dem historischen Sankt Nikolaus in Bayreuth war eine Inskript. In der festgehalten war, daß sich in diesem Hause Andreas Hofer nach der Verhaftung aufgehalten hat. Auf Verlangen der Behörden mußte diese Inskript entfernt werden. In einem anderen Hause waren Fresken angebracht mit einigen alten Versen in deutscher Sprache. Auch diese Verse mußten entfernt werden.



# Der Studententag.

## Fragen der republikanischen Hochschulpolitik.

Am Freitag nachmittag wurde die Plenarsitzung des Studententages des Deutschen Studentenverbandes mit einem Referat des ersten Vorsitzenden Kurt Berlowitz über „Die hochschulpolitische Aufgabe“ fortgesetzt. Die hochschulpolitischen Fragen können nur unter dem Gesichtspunkte einer politischen Weltanschauung gelöst werden. Der Deutsche Studentenverband könne nur gewisse konkrete Gegenwartsforderungen formulieren und versetzen. Voraussetzung einer fruchtbringenden Tätigkeit des Verbandes ist aber die Erzielung einer lebendigen Anteilnahme der gesamten akademischen Jugend an diesen Problemen. Die zukünftigen hochschulpolitischen Aufgaben ergeben sich aus der Beantwortung der Frage, wozu sich die Studentenschaft und die Universitäten entwickeln und welche Rolle der Staat dabei spielt. Nach einer kurzen Zeit der Bewußtmachung der Klagengegenstände durch das Gemeinschaftserlebnis der Kreislagerteilnehmergeneration wurde durch die Jahre der Nachkriegszeit, die einen verstärkten Zusatz besonders kleinbürgerlicher Schichten zu den Hochschulen brachten, der Klagengegenstand in verstärkter Form auch im Hochschulleben wieder sichtbar. Die Mängel, die bei der Erfüllung der zunächst rein wirtschaftlichen Aufgaben der studentischen Selbstverwaltung infolge der wirtschaftlichen Krisenzustände hervortraten, und das stärkere Eindringen von Kräften aus der Arbeiterbewegung in leitende Stellen des Verwaltungsapparates, das eine empfindliche Konkurrenz für den früher privilegierten Akademiker bedeutete, wurde reißend dem neuen Staat als Schuld zugeschrieben. Zugleich beherrschte eine Ueberbetonung des sogenannten „nationalen Gedankens“ die Mehrheit der Studentenschaft, was angesichts der Deutschland bedrückenden Friedensverträge die studentische Selbstverwaltungsorganisation ganz ins chauvinistische und völkische Fahrwasser trieb.

Der Staat kann in seiner Stellungnahme zu diesen Schwierigkeiten natürlich nicht diktatorische Maßnahmen gegen die notwendige wissenschaftliche Forschungs- und Lehrfreiheit ergreifen. Sein Eingreifen kann sich nur beschränken auf eine Zusammenfassung der immer mehr auseinanderstrebenden Sondergebiete der Fachbildung zu einer allgemeinen staatsbürgerlichen Erziehung. Diese staatsbürgerliche Erziehung ist aber nur dann von Erfolg, wenn der Antrieb zu ihr aus der Studentenschaft selbst kommt. Diesen Antrieb zu fördern, ist die Aufgabe des Deutschen Studentenverbandes und der Staat kann hierbei auf dem Gebiete der sozialeren Gestaltung des Bildungswesens, durch den Abbau bestehender Bildungsprivilegien in gleicher Richtung wirken. Der Staat hat die Machtmittel, darauf hinzuwirken, daß die soziale Zusammensetzung der Hochschulen endlich mehr der sozialen Zusammensetzung des gesamten Volkes angepaßt wird. Nur in diesem Zusammenhang kann die Frage der studentischen Selbstverwaltung und die ebenso brennende Frage der Bedeutung der Hochschulen für das deutsche Geistesleben verstanden und gelöst werden.

In der Diskussion bekämpften die sozialdemokratischen Vertreter die Auffassung, daß die studentische Selbstverwaltung einen idealen Wert bedeute, für den man sich in jedem Falle einsetzen müsse. Besonders Höpfer, Frankfurt, Salante, daß die studentische Selbstverwaltung nur dann einen wirklichen demokratischen Sinn erhalte, wenn auch das Prinzip der Auswahl der Studierenden in demokratischem Sinne verändert würde. Das bedeute unerbittlichen Kampf gegen das heute praktisch noch bestehende Bildungsmonopol der bestehenden Kreise.

Der Vertreter der Zentrumsstudenten im Vorstand des Deutschen Studentenverbandes Radde sah demgegenüber in der Betonung eines demokratischen nationalen Gedankens die Gewähr dafür, daß die studentische Selbstverwaltung nicht wieder, wie bisher, zu einem sinnlosen Zerbrochen in studentischen Parlamentarismen ausarte, der nur die Diktatur der Reaktion über die Hochschulen behalte.

Der demokratische Vertreter Grünfeld schloß sich der Kampfanlage der Sozialdemokraten gegen jedes Bildungsprivileg an. Der Vorsitzende der Tagesleitung Dr. Ostendorff wies besonders nach auf die Mißstände in der Auswahl des Nachwuchses der Hochschullehrer hin und forderte ebenso wie der Referent Berlowitz in seinem Schlußwort engere Verbundenheit der Hochschullehrer mit der Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens.

# Die Pension des Putschisten.

## Das Disziplinarverfahren gegen v. Jagow eingestellt.

Der frühere Berliner Polizeipräsident und spätere Regierungspräsident v. Jagow war wegen seiner Beteiligung an der Kapp-Putsch-Regierung zu längerer Festungshaft verurteilt worden. Dadurch verlor er gemäß § 7 des preussischen Disziplinargesetzes vom Jahre 1852 selbstständig sein Amt und seine Bezüge. Man zahlte ihm dementsprechend keine Wartegelder mehr. In einem Zivilprozeß klagte v. Jagow gegen den preussischen Fiskus auf Zahlung der vorenthaltenen Bezüge.

Das Reichsgericht sprach ihm in der bekannten Entscheidung die gesetzlichen Bezüge zu mit der Begründung, daß § 7 des preussischen Disziplinargesetzes eine Strafbestimmung preussischen Rechtes darstelle. Durch das Einführungs Gesetz zum Reichsstrafgesetzbuch seien aber alle Bestimmungen der Landesstrafgesetzgebung aufgehoben, soweit sie nicht ausdrücklich aufrechterhalten worden sind. Das Reichsgericht sprach in seinen Gründen aus, daß die preussische Regierung nicht gehindert sei, ein Disziplinarverfahren gegen v. Jagow wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch einzuleiten und zwar mit dem Ziele, ihn aus dem Amte zu entfernen und ihm auf diesem Wege seine Bezüge zu entziehen.

Der Preussische Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte beim Kammergericht hat nun dieser Tage dahin entschieden, daß das von der preussischen Regierung gegen v. Jagow eingeleitete Disziplinarverfahren einzustellen sei, weil entgegen der Ansicht des Reichsgerichts § 7 des preussischen Disziplinargesetzes von 1852 für gültig zu erachten sei, so daß kein Raum mehr für ein Disziplinarverfahren gegeben sei, da v. Jagow das Amt rechtskräftig gemäß § 7 entzogen sei. Aus dieser Entscheidung ergibt sich nunmehr ein recht merkwürdiges Bild. Der Preussische Disziplinarhof erklärt, v. Jagow habe sein Amt rechtskräftig verloren, während das Reichsgericht ihm die Bezüge aus dem angeblich rechtskräftig entzogenen Amte zugesprochen hat. Ein erbärmliches Stück Rechtsfischerlei!

Verurteilung auf Grund des Republikaschengesetzes. Die Strafbestimmung des Reichsgerichts Hamburg hat den nationalsozialistischen Bürgerlichkeitsabgeordneten Huetmann am Grund des Republikaschengesetzes zu sechs Wochen Gefängnis und den Schriftsteller der „hanischen Worte“, Harke, zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, das Gericht habe die Frage, ob das Republikaschengesetz noch angewandt werden müsse, bejaht, da die Straftat während der Geltung des Gesetzes begangen wurde.

# Reichsbankstatut!



# Polnisches Regierungsprogramm.

## Verfassungsreform im Einverständnis mit dem Parlament. — Frieden mit Allen — Handelsvertrag mit Deutschland!

Warschau, 10. Januar.

Ministerpräsident Bartel gab im Sejm eine längere Erklärung über das Regierungsprogramm ab, die er mit der Bemerkung einleitete, es sei unrichtig, wenn man in der Urklugheit des Kabinetts einen Abfall von den Bestrebungen erblicke, die dem Manifestum zugrunde lagen. Nach wie vor liege es in der Hand der Regierung, eine Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern herbeizuführen. Dieser Feststellung sei allerdings nur eine rein theoretische Bedeutung beizumessen. Die Regierung sei

von dem ausschlaggebenden Willen befeuert, das Werk der Wiederaufrichtung der polnischen Republik fortzusetzen, wobei sie mit allen dazu herufenen Faktoren zusammenarbeiten wolle und alles, was einen unerschütterbaren Kampf herauszufechtern geeignet sei, auszunutzen beabsichtige sei.

Seine des Ministerpräsidenten, Ansichten über die wichtigsten innerpolitischen Probleme seien dem Sejm wohlbekannt, ebenso wie die Ansichten des Sejm ihm persönlich bekannt seien. Demgemäß werde er bestreben sein, aus den Ansichten der einen wie der anderen Seite das Gemeinsame und Wichtigste herauszufinden und zu koordinieren. Erstes aller Problems sei

### Die Verfassungsreform.

die allerdings auch vollständig reif sei. Schon in seiner Senatsrede vom 30. Juli 1926 habe er auf das langsame Tempo der gesetzgeberischen Tätigkeit hingewiesen und damit auf ein Uebel des modernen Parlamentarismus, das ganz besonders den jungen Staaten gefährlich sei. Das Leben selbst erfordere, daß man den Gedanken einer sorgfältig gefaßten Autorität anerkenne, einer Hierarchie, selbstverständlich einer Hierarchie in modernen und nicht im mittelalterlichen Sinne. In verschiedenen europäischen Ländern mache sich eine Geistesrichtung geltend, die ausdrücklich anerkenne, daß auch im Rahmen einer demokratischen Verfassung eine autoritative geistige Elite notwendig sei.

### Der demokratische Parlamentarismus stehe im Zeichen einer Krise.

Die Not der Zeit befördere automatisch hervorragende Individualitäten an die Spitze der Staaten. Es sei undenkbar, daß ein kollektiver Organismus allein derart umfassenden Aufgaben gerecht werden könne, wie sie in der Stunde der Wiederaufrichtung Polens eine Individualität wie Marschall Biskupski auf sich genommen habe. Der Gedanke einer Verfassungsreform sei in der öffentlichen Meinung herangereift, und zwar einer Verfassungsreform mit dem Ziele einer

### Stärkung der exekutiven Gewalt, größerer Verantwortlichkeit des Staatspräsidenten und Einschränkung der Vorechte des Sejm.

insoweit sie eine direkte und störende Beeinflussung der Regierungstätigkeit im Gefolge hätten. Mit diesem Augenblick habe das dem Sejm zustehende Recht, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, aufgehört, ein rein fakultatives (freiwilliges) Recht zu sein, die Durchführung der Verfassungsreform sei vielmehr zu einer moralischen Pflicht geworden. Die Regierung habe den guten Willen, das Notwendige zu tun. Sie ermarte dasselbe vom Sejm. Dies sei die Voraussetzung für das Gelingen des ganzen Versuches.

Zum Budgetmaraschlag für 1929/30 bemerkte der Ministerpräsident, daß die Finanzlage 1929/30 von der allgemeinen, für Polen höchst ungünstigen Weltkonjunktur abhängig war. Hinsichtlich der langfristigen Kredite sei Polen vom Jahr 1928 ab, nachdem die letzte größere Emissionen ansehnlich platziert worden war, sich selbst überlassen gewesen. Vom Januar 1929 ab seien an Auslandsanleihen etwa 200 Millionen Zloty abgezahlt worden, die Abzahlungen der Kommunalanleihen und der Priocauterentnahmen nicht indigenen. In derselben Zeit sei die Valuten- und Metalldeckung der Bank Polski von 1148 702 000 Zloty auf 1119 183 000 zurückgegangen, d. h. um 29,6 Millionen. Die Abzahlung der Auslandsanleihen sei ohne Anstrengungen der Reservecassette erfolgt. Die Rentabilität des Wirtschaftens sei von 1926 bis 1928 in stetem Wachstum begriffen gewesen.

Als eines der aktuellsten Aufgaben, die gemeinsam mit den Landwirtschaftsorganisationen durchzuführen werden sollen, nannte der Ministerpräsident dann die

### verklärte Rationalisierung des Getreidehandels, besonders des Getreideports.

Auf dem Verhandlungswege erstrebe die Regierung eine mögliche Ausfuhr für Schweine und Vieh sowie den Abschluß einer Veterinärkonvention.

Ueber die auswärtige Politik Polens werde Außenminister Jasecki nach seiner Rückkehr aus Genf ausführlich berichten. Als Ministerpräsident wolle er jedoch schon heute betonen, daß in der Politik keine Veränderungen eingetreten seien. Die Politik der Regierung basiere jetzt auf der Erhaltung des Friedens, und sie werde auch künftighin darauf basieren; sie basiere weiter auf der

### genauen Einhaltung der Verträge auf der Beseitigung der Beziehungen zu sämtlichen Staaten, besonders den Nachbarstaaten, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Indem wir, sagte der Ministerpräsident weiter mündlich, auf dem Wege der aufrichtigen Zusammenarbeit mit den friedliebenden und für den Frieden arbeitenden Völkern verbleiben, werden wir am besten den Interessen unseres Staates dienen. Diesen Zweck sollen die von uns ausgebauten Handels- und Verkehrsverträge sowie eine Reihe anderer Staatsverträge dienen, unter denen der mit Deutschland abgeschlossene Vertrag an erster Stelle steht. In weiterer Verfolgung dieses Weges erstreben wir den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland. Die Schwierigkeiten auf diesem Wege waren bisher sehr groß; obwohl es gelungen ist, viele Fragen zu klären, sind die zu überwindenden Hindernisse doch sehr beträchtlich. Polen als ein Land von überwiegend agrarischem Charakter ist wohl in der Lage und auch öfter dazu gezwungen, innerhalb der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

industrielle Konzessionen zu gewähren, muß aber gleichzeitig dafür sorgen, daß von der Gegenseite der agrarische Charakter Polens berücksichtigt wird.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Kommunalverwaltung berührte der Ministerpräsident auch die Frage der nationalen Minderheiten, wozu er erklärte,

Jedem loyalen Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität müßte sämtliche ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte und Privilegien gesichert sein.

Die Minderheitenfrage, die früher durch parteipolitische Kämpfe künstlich verschärft worden sei, habe, so betonte der Ministerpräsident zum Schluß, an Schärfe viel eingebüßt.

### Das belauschte Staatsgespräch

Warschau, 10. Januar.

Die Telefon-Spionage-Affäre hat beträchtliches Aufsehen erregt. Das belauschte telephonische Gespräch zwischen dem Staatspräsidenten und dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten war ein Ferngespräch, in dem dem Staatspräsidenten über den Fortgang der Kabinettbildung Bericht erstattet wurde. Nach nicht geklärt ist die Frage, wie der verhaftete Journalist, es handelt sich um den Redakteur Seinfeld von der Polnischen Ostagentur, sich den Inhalt des Gesprächs verschaffen konnte, den er dann in einem für einen beschränkten Kreis bestimmten partikulären Kommuniqué verbreitet hat. Ein Telefonwachmann hat dazu einem Mitarbeiter des „Wieczny Warszawski“ gegenüber erklärt, die Einrichtung einer Abhörstelle sei nur im Einverständnis mit der Telefonverwaltung oder mit der Telephonzentrale für Liebesandgespräche möglich. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang an die Erklärung des früheren Postministers Riedziński, der zufolge auf seinen Befehl die Abhörstelle in Warschau beseitigt worden ist.

Die Unterredung ist noch nicht abgeschlossen. Die Opposition hofft, daß die Telephonspionage, die seit dem Manifestum zu einer Landplage geworden ist, endlich ihr Ende finden wird.

### Kommunistentoch im Sejm.

Warschau, 10. Januar.

Bei Beginn der heutigen Sejmigung verlangte der Kommunist Rosjak, ohne das Wort erhalten zu haben, die Freilassung des in Haft befindlichen kommunistischen Arbeiter Sejmabgeordneten Spizberg. Als er trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, die Rednertribüne zu verlassen, weiter sprach, wurde er von der Sejm Polizei aus dem Saale getrieben. Rosjak wurde für einen Monat von den Sitzungen ausgeschlossen.



Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab. 11. 1. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 11 20 Uhr  
**Madame Butterfly**

Sonnab. 11. 1. Stadt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 19 1/2 Uhr  
**Fidelio**

Staats-Oper Am P.L. Republik R.-S. 202 20 Uhr  
 Spanische Stunde. Der arme Malrose. Asquique.

Staatl. Schauspiel am Bismarckmarkt A.-V. 10 20 Uhr  
**Wallensteins Tod**

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr  
**Kabale und Liebe**

**SCALA** Tägl. 2 Vorst. 5 und 8 1/2 Uhr  
 Preis 1-6 M. Wochentg.: 5 U. 50 PL-3 M.  
 16 Forster-Str. Corf. 11. 3. S. 111111

**PLAZA** Tägl. 5 u. 8 1/2 Sonn. 2, 3 u. 8 1/2 A ex. 8066  
**INTERNAT. VARIÉTÉ**

Renaissance-Theater Täglich 8 1/2 Uhr  
**PARISER LEBEN**  
 Operette von Offenbach. Regie: Gustav Hartung.  
 Musikalische Leitung: Theo Mackeben.  
 Platzsatz 51 1801 u. 1863/84.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr  
**3 Musketiere**  
 Regie: ERIK CHARELL.  
 3 Sonntag nachm. vork. halbe Pr.

6 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr  
 Lohrstr. 87.  
 Nur noch bis 22. Januar 1930  
**Familie Hannemann**  
 Donnerstag, den 23. Januar 1930  
 zum 1. Male  
**Seine Hoheit der Bettler.**

5 1/2 Uhr Komische Oper Friedrichstr. 104  
 Nach vollständiger Umbau  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Hulla di Bulla**  
 Schwank von Arnold und Bach mit Guide Thielen  
 Schatz, Schrein, Gurg, Hildebrand, Walter Reiz, Fink, Scherer, Wenzel  
 Sonntags nachmittags 4 Uhr:  
**Frau ohne Kuss!**

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Bergmann 202/23  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**„Wiegenlied“**  
 Käthe Haack, Paul Heidemann  
 Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

Gastspiel von **Hagenbeck** im Gross-Busch-Gebäude  
 Nur noch wenige Tage das Brüllungs-Programm!  
 Die billigen Tage:  
 Sonnabend nachm. 3 Uhr Kinder und Erwachsene ermäßigte Preise!  
 Freies Ponyreiten für Kinder!  
 Sonntag nachm. 3 Uhr Kinder bis zu 12 Jahren halbe Preise!  
 Tägl. abds. 8 Uhr volle Preise!  
 Vorverkauf: A. Werhain u. Circuskasse - Tel. Norden 840

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr  
**Hotel Stadt Lemberg**  
 Musik von Glibert Käthe Dorsch Leo Schützendorf

Theat. u. Konz. Vorst. 6 u. 8 1/2 Uhr  
 Tägl. 8 Uhr auch Sonn- nachm. 3 U.  
**Blüte-Sänger.** Janar-Programm  
 Lachschlager Die Boxe der Pandora.

Planctarium am Zoo  
 Felles Juchendstr. 11 B. 5. Barbarastr. 557P  
 16 1/2 Uhr Die Wasser-aterabilder  
 18 1/2 Uhr Der Planet Jupiter.  
 20 1/2 Uhr Markwürdige Szenen (Kino u. Zwerge)  
 Eintritt 1 Mark. Kinder 50 Pf.  
 Mitwochs halbe Kassenerlöse.

**ROSE-THEATER** Gr. Frankfurter Str. 129  
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3194  
 Täglich 8 1/2 Uhr.  
 Sonntags 3 1/2 und 9 Uhr  
**Die Czardasfürstin**  
 Große Operette von Emmerich Kálmán.  
 Jeden Mittwoch nachm. 5 Uhr  
**„Max und Moritz“**  
 und der Weihnachtsmann  
 jeden Sonnabend nachm. 3 Uhr  
 Sonntag 3 30  
**Der gestiefelte Kater**

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonn- nachm. 2  
 Des große Januar-Prgr. der **Stettiner-Sänger**  
 Bühnenabteilung Jan. 11 1931  
 Dönhoff-Brett!  
 Das Familien-Varieté  
 10 Nummer, Konzert, Tanz

Volksbühne Theater am Blauplatz. 8 Uhr  
 Uraufführung **Apollo.**  
 Brunnenstraße Volksstück von Großmann und Hessel. Musik: Theodor Müller. Regie: Jürgen Hellig.

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr  
**Kabale u. Liebe**

Deutsches Theater U. 1. Norden 1239  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Der Kaiser v. Amerika**  
 von Bernard Shaw  
 Reg.: Max Reinhardt

Kammerspiele D. 1. Norden 12310  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Désiré**  
 Komödie von Sascha Gulyayev  
 Regie: Leo Mittler.

Die Komödie U. 1. Bismck. 2414/7316  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Vom Teufel geholt**  
 von Knut Hamsun  
 Regie: Max Reinhardt.

Barnowsky-Bühnen Theater in der Klinggräberstraße  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die erste Mrs. Selby**  
 mit Fritz Messary

Komödienhaus Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Lügner und die Nonne**  
 mit Kurt Götz

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr  
**Hotel Stadt Lemberg**  
 Musik von Glibert Käthe Dorsch Leo Schützendorf

Theat. u. Konz. Vorst. 6 u. 8 1/2 Uhr  
 Tägl. 8 Uhr auch Sonn- nachm. 3 U.  
**Blüte-Sänger.** Janar-Programm  
 Lachschlager Die Boxe der Pandora.

Planctarium am Zoo  
 Felles Juchendstr. 11 B. 5. Barbarastr. 557P  
 16 1/2 Uhr Die Wasser-aterabilder  
 18 1/2 Uhr Der Planet Jupiter.  
 20 1/2 Uhr Markwürdige Szenen (Kino u. Zwerge)  
 Eintritt 1 Mark. Kinder 50 Pf.  
 Mitwochs halbe Kassenerlöse.

Qualitäts-„Rubini-„Reklamemarken gegen Nachahmungsgesetzt. gesch. (erzeugt seit 48 Jhr. als Spezialität).  
**Courad Müller**  
 Leipzig - Schönditz

**GROSSER INVENTUR-GRUSSVERKAUF** Beginn 2. Jan.  
 IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN

**Enorm billig! STRÜMPFE Enorm billig!**

**Damen-Strümpfe** Baumwolle ..... Paar **28** P.  
**Damen-Strümpfe** Baumwolle, gut verarbeitet ..... Paar **58** P.  
**Damen-Strümpfe** echt ägyptisch Mako oder künstliche Waschseide oder Seidenfior, gute Qualität ..... Paar **85** P.  
**Damen-Strümpfe** künstliche Waschseide, schmal ..... Paar **1 35**  
**Damen-Strümpfe** künstliche Waschseide oder reine Wolle, Kaschmir, oder Fil de perse ..... Paar **1 85**  
**Damen-Strümpfe** Fior mit künstlicher Seide, gute Qualität, oder Bemberg-Gold, ganz feinsch., od. Wolle m. künstl. Seide ..... Paar **2 65**

**Herren-Socken** Fior oder Mako mit künstlicher Seide, oder reine Wolle, gestrickt ..... Paar **85** P.  
**Herren-Socken** Wolle mit künstl. Seide, ohne Wuster ..... Paar **1 35**  
**Herren-Socken** Wolle mit künstlicher Seide oder Fior, Fantasiemuster ..... Paar **1 85**

**H E R M A N N**  
 Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen!

**Russenstiefel** der moderne und praktische Ueberschuh  
  
 Jetzt Paar **12<sup>85</sup>**  
 Mengen- abgabe vor- behalten  
 Ver- kauf sowohl Vorrat 12

Wintersportplatz  
**Friedrichroda (Thür. Wald)**  
 auch Ihr Reiseziel. Jluifrierte Kurfchrit durch die Kurverwaltung oder im Reifebüro

**Metropol-Th.** 8 1/2 Uhr  
**Das Land des Lächelns**  
 Vera Schwarz, Richard Tauber  
 Musik von Franz Lehár.

Deutscher Metallarbeiter-Verein  
 Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeigen**  
 Hermann Karras  
 geb. 11. April 1867, am 7. Januar 1930  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 11. Januar, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Hof- hofstraße, statt.  
 Am 7. Januar fand unter Kollegen, der Alermar

**NEUE WELT**  
 6-Bahn Hermannplatz Arnold Scholtz Hasenstraße 102, 14  
**Großes Bodkierfest**  
 in den bayr. Alpen  
 und grosser Alpenball.  
 7 Kapellen. — Neue Dekorationen. — 50 bayrische Weitz.  
 Einlaß 6 Uhr.

**Gewinnauszug**  
 4. Klasse 34. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.  
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten  
 Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands  
 Ortsverwaltung Berlin  
**Todesanzeige**  
 Klara Knorreck  
 wohnhaft Steinsberger Straße 13, verstorben ist.  
 Ihre letzten Wünsche!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 11. Januar, 14 Uhr, am dem Jnanarkhof, Korbach, statt.  
 Regt Beteiligung ermahnt  
 Die Ortsverwaltung

**Hauswäsche**  
 nach **Gewicht** gut **billig**  
 wäscht  
**Ida**  
 Weissensee, Franz-Joseph-Str. 5-7  
 Telefon: Amt Weissensee 911, 912, 913, 3003

**1. Siebungsfog** 10. Januar 1930  
 In der heutigen Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 150 T. gezogen

3 Gewinne zu 50000 T.	33630
4 Gewinne zu 5000 T.	63068
4 Gewinne zu 2000 T.	64650 48463
7 Gewinne zu 1000 T.	363507
14 Gewinne zu 500 T.	16193 12665 84154 182978 344001 285533 292285
20 Gewinne zu 500 T.	77814 123336 127471 131639 210440 292287 304154 304406 323478 343581
24 Gewinne zu 400 T.	1702 16445 25474 30438 34337 34340 37651 39059 84200 84546 103450 119828 119967 136046 138636 139043 148851 152742 158336 173296 176092 191092 201549 211890 214145 224106 229625 230825 232949 246642 251549 257349 263172 272139 273244 277608 283706 309633 309656 318917 317919 319095 323201 340444 390126 396137 397858
218 Gewinne zu 300 T.	2220 6522 18618 25090 25110 26542 26489 26534 42188 46154 51224 66564 63169 74076 75649 77213 79131 86534 85219 87129 90863 92450 94818 96193 96517 97507 101407 102517 108017 105346 111110 111113 121326 126511 128306 133062 135148 134218 134693 137312 138678 140934 142133 142572 149644 156216 163048 176290 176335 187756 183221 184545 190088 196208 201062 201892 202289 222009 228192 226416 231477 234588 236502 242426 252348 256970 256923 260337 263525 263873 269745 272656 272600 278477 280212 281270 283683 286924 288887 303922 305093 305493 309657 307189 320216 324079 324098 327803 337003 337891 338841 345587 346304 348803 355763 361497 362984 367061 366629 369408 370420 372837 376338 376968 378996 381251 388168 392441 398168
260 Gewinne zu 200 T.	1830 1994 10668 15843 18378 22568 27259 27717 28827 34553 43082 47940 62073 63429 65458 61710 61772 62987 63274 70009 70598 72917 74347 76090 84021 81912 92545 92945 93273 93439 96078 96480 98742 99723 101263 102792 103686 106794 110221 114678 118513 121518 124222 125946 154287 160111 164024 139428 139749 143370 147947 153082 153946 188892 191183 192259 202181 176126 173729 174851 182353 184541 188892 191183 192259 202181 219624 218040 221351 222897 223574 230229 237103 237292 240341 241443 249802 251708 254325 254950 255477 256933 261905 266477 262517 283196 283323 287071 287631 290752 291287 294138 294835 294541 301883 302430 303263 303446 305977 306066 309803 309811 311202 312519 313235 313681 315763 323762 325085 332442 333036 336760 337865 345511 347406 352026 353959 355235 362719 365131 365334 365482 369257 371109 376626 375791 376626 380110 381836 382860 383888 389406

Am 6. Januar verstarb nach kurzem Leiden meine treue Lebensgefährtin  
**Wilhelmine Kaiser**  
 im 72. Lebensjahre. — Nach 50 Jahren glücklichen Zusammenlebens hat der Tod sie nun in sanfter Weise von uns genommen  
 Alex Kaiser.

**Dr. med. M. G. LUDWIG**  
 Facharzt für Innere, Magen- u. Darm- krankheiten, versozogen nach **Passauer Straße 23**  
 Sprechstunden v. 4-9 (außer Sonnabend)



# Vorder Aufdeckung des Tresorraubes?

## Sensationelle Entdeckungen in Charlottenburg. — Grabungen auf einem Friedhof — Die Brüder Saß wieder festgenommen

Zwei Jahre in verstreuten, seitdem an einem Montag, dem 28. Januar 1929 der große Einbruch in die Tresorsäume der Disconto-Gesellschaft in der Kleiststraße entdeckt wurde. Unter dem Verdacht, den großen Einbruch verübt zu haben, wurden zwei Brüder, Franz und Erich Saß, festgenommen. Alle Beweise verliefen aber ergebnislos, und am 7. April wurde von der Staatsanwaltschaft Aufhebung des Haftbefehles verfügt. Jetzt ist die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei erneut auf die Gebrüder Saß gelenkt worden. Ein bedeutungsvoller Fund wurde auf Charlottenburger Gebiet in der Cauerstraße gemacht.

Dort liegt, von der Cauer, der Berliner, der Gauer- und der Straße am Volkshaus begrenzt, ein Block von Grundstücken. Die Ecke an der Berliner und Cauerstraße nimmt das Augusta-Gymnasium ein. Ihm folgt an der Berliner Straße das Hauptamt Charlottenburg, die Arbeiterkammer und die Filiale der Konsumgenossenschaft. In die Straße am Volkshaus stößt auf einer Seite das Gelände des alten Begräbnisplatzes der Luisengemeinde, das mit seinem gegenüberliegenden Rowern wiederum an das Schulgrundstück angrenzt. Anwohner hatten nun vor einigen Nächten Klöpfergeräusche gehört und von dieser Wahrnehmung die Polizei verständigt. Es wurde nachgesehen, und die Entdeckung übertraf jede Erwartung. Auf einem abgelegenen Teil des Schulhofes, der den Schülern nicht zugänglich ist, lag ein großer Haufen Sand, der, wie beobachtet wurde, von Tag zu Tag auf unerklärliche Weise wuchs. Schließlich hatte die Sandmenge einen Umfang angenommen, daß man sie auf etwa zehn Fuß hoch schütten konnte. Unter dem Haufen fand man verrotzte Grabkränze und das Gefäß darauf schloßen, daß der Sand von dem benachbarten Friedhof herkam. Nachfragen ergaben dort, daß seit 1 1/2 Jahren kein neues Grab mehr ausgehoben worden war. Ein Zufall brachte dann die endgültige Klärung. Ein Kriminalbeamter, der, auf einer Leiter stehend, die Umgebung der Friedhofsmauer beäugelte, bemerkte plötzlich den Haß, die Leiter glitt unter ihm fort in ein tiefes Loch.

Jetzt hatte man den Eingang zu einem unterirdischen Stollen gefunden. Senkrecht hatten die immer noch unbekanntes Löcher die Erde ausgehoben und einen schmalen Gang hergestellt.

Er war so eng, daß nur schlanke Leute hindurchkommen konnten. Unter der Friedhofsmauer hindurch führte er bis zum Schulgrundstück und öffnete sich dort schließlich zu einer Art Kessel, der etwa 3/4 Meter hoch und 2/2 Meter breit ist. Die Decke dieses Kessels bildete der zementierte Fußboden eines ehemaligen Kellerganges. So waren die „Mauslöcher“ gegen Einsturz von oben gesichert. Um aber einen zweiten Ausgang zu haben, führte von dem Kessel wieder ein schmaler Gang zu dem Sandhaufen, auf dem als ob seltsamem Teil des Schulhofes. Auch hier war der Ausstieg mit Zement vermauert. In dem Höhleneingang war alles vorhanden, eine Sturmlampe, Breiter zum Abfließen der Wände, Hammer, Säge und Äxte, zwei Eimer, wahrscheinlich zum Fortschaffen des Sandes, und eine Serie von Einbruchswerkzeugen. Mehrere Nächte hindurch abtasteten die Kriminalbeamten des Sonderbezirks B 6 diese Höhle, da sie bestimme damit rechnen, daß die Gebrüder wiedertreten und die Arbeit fortsetzen würden. Die Vermutung war um so mehr gerechtfertigt, als die Anwohner durch die Nachtzeit einen Lichtschein auf dem Friedhof bemerkt hatten. So mußte man damit rechnen, daß die Grabung bald wieder aufgenommen würde. In der Nacht zu Freitag bezogen wieder mehrere Beamte mit Hund und Beobachtungsposten in einem Tatengräberhäuschen. Andere waren im Gymnasium jenseits der Mauer. Die nahe Mondnacht gemächte einigermaßen einen Überblick über das mit Bäumen und Büschen bestandene Friedhofsgelände. Tatsächlich tauchten auch, von der Cauerstraße her kommend, zwei Männer

auf, die aber, ehe sie in das Loch hinabstiegen, die ganze Umgebung absuchten. Durch einen Spalt in der Holzlar des Tatengräberhäuschens erkannten sie die Kriminalbeamten, denn plötzlich riefen sie wie gejagt davon.

### Eine wilde Jagd ging über den nachts stillen Friedhof.

Die Verfolgten waren mit dem Gelände vertraut und rannten zwischen den Gräbern dahin auf die Mauer zu. Die Kriminalbeamten folgten ihnen, so schnell sie konnten, waren aber im Nachteil. Sie erkannten aber im Mondlicht deutlich die Gestalt der Flüchtigen als die des Franz und Erich Saß. In den Gebrauch der Schusswaffe war nicht zu denken, es lag die Gefahr vor, daß die Geschosse in die Fenster der gegenüberliegenden Häuser schlagen würden. Die Gejagten hatten anscheinend an alles gedacht. In einer bestimmten Stelle der Mauer hatten sie aus Steinen einen Tritt zurechtgemacht, der es ihnen ermöglichte, rasch über die Mauer hinwegzusetzen. Ebe die Kriminalbeamten diese Stelle finden konnten, waren die Gebrüder Saß verschwunden. Die Verfolger eilten so schnell es gehen konnte, in die Wohnung der Brüder nach der Birkenstraße 57. Eine knappe

Dreiviertelstunde später kamen die Brüder dort an. Sie waren, wie auch auf dem Friedhof, ohne Kopfbedeckungen, hatten aber in einem noch unbekanntes Dackel in der Zwischenzeit die Angänge gewechselt. Franz und Erich Saß wurden vorläufig festgenommen und sofort nach dem Polizeipräsidenten gebracht. Sie verweigern jede Antwort, leugnen zwar nicht, auf dem Friedhof gewesen zu sein, geben es aber auch nicht direkt zu. Daß sie von der Erdhöhle aus noch weitergraben wollten, ist unwahrscheinlich. Bismehr werden sie den Zweck verfolgt haben, sich hier ein Versteck zu sichern, dessen Entdeckung so gut wie ausgeschlossen war. Ob sie einen neuen Streich planten und ob er vielleicht dem nahe gelegenen Hauptkollamat gegolten hätte, ist eine Frage, die sich noch nicht beantworten läßt.

Am Freitag nachmittag fand noch eine Befragung der Höhle und des Ganges statt, bei der auch der Chef der Kriminalpolizei und sein Vertreter zugegen waren. Von Wichtigkeit wäre es, den Unterschlupf zu kennen, in dem die Brüder ihren Aufenthalt vollzogen haben. Wer hierüber Auskunft geben kann, wird gebeten, sich an Kriminalkommissar Zapfe bei der Dienststelle B 6 im Polizeipräsidenten zu wenden.

# Um den Nachtragshaushalt.

## Noch kein Beschluß. — Unterstützungssätze werden nicht herabgesetzt.

In seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung beschloß sich der Magistrat nochmals mit der Beschließung des Nachtragshaushaltes. Es wurden jedoch keinerlei entscheidende Beschlüsse gefaßt. Am immer wieder auftretenden Gerüchten entgegenzutreten, stellt der Magistrat jedoch ausdrücklich fest, daß die Unterstützungssätze für Februar gegenüber den Sähen des Januar nicht herabgesetzt werden.

Der Magistrat sucht nach Deckung der 70 Millionen, die die Gemeindeforderungen des Nachtragshaushaltes ausmachen. Die Summe ist sowohl durch ungünstigere Einnahmen als auch durch vermehrte Ausgaben entstanden. Die Ausgaben des Haushaltes belaufen sich auf rund 47 Millionen. Wie wir bereits mitteilten, entfallen hiervon auf die Wohlfahrt rund 20 Millionen, auf das Gesundheitswesen 20 Millionen und auf das Schulwesen 13 Millionen. Der Magistrat ist als die normale Körperschaft nun von sich aus bemüht, eine Bilanzierung des Etats zu erreichen. Es scheint jedoch, als ob es trotz eifrigsten Bestrebens nicht möglich ist, einen Ausgleich allein durch Einsparungen zu erreichen, selbst wenn man einen Teil der Summe auf das über nächste Etatsjahr überträgt.

Eine weitere Tarifherabsetzung, von der gestern abend das „Tagblatt“ sprach, kommt jedoch in keinem Falle in Frage.

### Das Ende der Kontrollstelle.

Die Abrechnung des Dezemberhaushaltes liegt nunmehr sowohl von der Zentrale wie von den Bezirken vor. Sowohl Zentrale wie Bezirke haben die Erklärung abgegeben, daß sie sich formell und materiell in dem gestellten Rahmen des Dezemberhaushaltes gehalten haben. Dem Oberpräsidenten wurde ein dahingehender Bericht erstattet und die Kontrollstelle aufgehoben.

In elter Verfügung an die zentralen Dienststellen macht der Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die Aufhebung keineswegs als ein Zeichen für eine Besserung der Verhältnisse an-

gesehen werden darf. Die Schwierigkeiten auf finanziellem Gebiet zögen nach wie vor unvermindert die Verwaltung zu unbedingter äußerster Sparsamkeit.

### Voruntersuchung gegen Stadtrat Benede.

#### Wegen Verdachtes der Bestechung durch die Skarets.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft I hat der Untersuchungsrichter die Voruntersuchung gegen die Skarets und Genossen auf den Stadtrat Wilhelm Benede und den Buchrevisor Robert Lading ausgedehnt. Beide werden angeklagt, daß sie sich von den Gebrüdern Skarel hätten bestechen lassen. Benede soll die Gebrüder Skarel in pflichtwidriger Weise, insbesondere bei Abschluß der Verträge vom 2. Dezember 1928 und 4. April 1929 begünstigt haben. Lading in seiner Eigenschaft als Buchprüfer des Finanzamtes Mitle soll bei Buchprüfungen hinsichtlich der nötigen Nachforschungen in den Büchern der Gebrüder Skarel Anhaltungen, sowie Prüfungsberichte bewußt falsch erstattet haben.

Stadtrat Benede, der der Deutschen Volkspartei angehört, war zuletzt stellvertretender Bezirksbürgermeister im 10. Bezirk Jchendorf.

### Verfahren gegen Rosenthal eingestellt.

Das von der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Stadterordneten Rosenthal als Mitglied des Kreditausschusses der Berliner Stadtkommission in der Skarel-Sache eingeleitete Ermittlungsverfahren ist mangels Beweises eingestellt worden. Rosenthal war vorgeworfen worden, daß er mit Rücksicht auf seine Aktivität bei der Gewährung der Skarel-Kredite Warenbestellungen für sein Geschäft von den Skarets entgegengenommen habe. Durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hat sich ein solcher Zusammenhang nicht nachweisen lassen.

## Alcixio Arcevedo Ein brasilianisches Mietshaus

„Schon gut, schon gut — genug jetzt“, befahl Estella und wandte sich ab.

„Berzählung; ich habe das nur gesagt, um euch, was mich angeht, zu beruhigen. Ich möchte nicht, daß auch nur der Schatten eines Zweifels über meine Discretion besteht.“

Henrique hatte seine Selbstbeherrschung teilweise wieder erlangt und begann nerröds: „Aber, herr Botelho, ich hoffe, Sie glauben nicht —“

Aber der Alte schüttelte ihm das Wort ab, legte seinen Arm um die Schultern des Knaben und zog ihn mit zur Treppe.

„Nach dir nur deine Sorgen, mein Junge; ich werde nie ein Wort sagen, das dich in Verlegenheit bringt.“

Dona Estella blieb noch unten und halsbüßigte sich damit, eine widerspenstige Blumenranke wieder zurechtzurücken und die Blüten mit annütiger Gebärde zu pflücken. Bisweilen stützte sie sich auf das Gitter, wenn sie sich hinauslehnte, um eine Blume zu erhaschen, und stellte sich dabei auf ihre winzigen Fehelpfeifen, aber ihr Ausdruck war beständig der einer süßen und empfindsamen, ewig unverständenen Frau.

8.

Das Familienhaus wachte um fünf Uhr morgens auf und öffnete nicht nur die Augen, sondern auch die Reihe seiner Türen und Fenster. Es war noch ein siebenstündiges bleernen Schlaf ein fröhliches Erwachen, im Begriffe zu dem Widerstreben, mit dem sich die Nacht den siegreichen Strahlen der aufgehenden Sonne ergibt.

Die Reihen trocknender Wäsche, die noch vom Abend vorher draußen hingen, strömten einen scharfen Geruch von Wäsche aus. Die Pflastersteine vor den Bännen waren vom Wäscheblau gefärbt oder mit getrocknetem Seifenschwamm bedeckt.

Nacheinander wurden schlaftrunkene Gesichter aus den verschiedenen Fenstern herausgesteckt, deren halbgeschlossene Augen

zu entscheiden versuchten, wie das Wetter zu werden versprach. Lautes Gähnen mischte sich mit einem Chor einstimmig sich räuspender Rehen; Geklapper von Tassen und Kannen ging los, und bald verdrängte das scharfe Aroma frisch gekochten Kaffees den Seifengeruch. Von Fenster zu Fenster rief man sich guten Morgen zu, und die Unterhaltungen wurden da wieder aufgenommen, wo sie am Abend vorher unterbrochen worden waren. Kleine Kinder trippelten auf dem Hof herum, und die, die noch nicht laufen konnten, hörte man jämmerlich schreien.

Die Hähne krächten, die Hühner gackerten, hier Gelächter, dort Jank und Bekreisch, alles mischte sich zu wirrem Lärm, welcher der Welt verkündete, die Sao Romao-Siedlung sei aufgewacht und munter. Nacheinander wurden ungezählte Papageien herausgehängt und diese wiederum jahrien teils freundlich, teils bösshaft.

Alle Bewegung staute sich jetzt vor den Wasserrohren, wo eine lärmende Menge von Männern, Frauen und Kindern sich mit den Ellbogen stieß, um zu den dünnen Wasserstrahlen zu gelangen, die aus den Hähnen kamen, und ihre morgendlichen Wuschungen vorzunehmen. Bald war der ganze Erdhoden überschwemmt; die Weiber klemmten die Röcke zwischen die Beine und hielten ihr in einem einzigen festen Knoten aufgestecktes Haar, um es vorm Nachwerden zu schützen. Die Männer brauchten sich nicht so vorzusehen und steckten die Köpfe unter die Brause, wobei sie vor Anstrengung schnaubten und leuchteten. Die Kinder waren womöglich noch gründlicher und brachten es meistens fertig, von Kopf bis zu Fuß naß zu werden.

Im Familienhaus war jetzt Hochbetrieb, und die gedämpften Laute der erwachenden Nachbarschaft wurden von dem eintönigen Geräusch normaler Bewegung abgelöst. Von konnte keine Einzelstimmen mehr unterscheiden, sondern hörte anstatt dessen den vereinigten Lärm der gelarmten Bevölkerung. Im Baden war das Geschäft in vollem Gange; die Arbeiter verlangten karellend ihren Morgenkaffee; Schimpfworte und Flüche mischten sich mit Röhren und lautem Gelächter; man unterhielt sich nicht — ney, alle brüllten. In dieser gärenden Menschenmenge spürte man wie im feuchten Lehm, der die Wurzel einer wohlriechenden Pflanze nährt, die Quelle fröhlichen Lebens, der animalischen Freude am Dasein, des sieghaften Wohlgefühls, auf dieser unserer Erde zu leben, zu atmen und sich zu regen.

Ein paar von Mirandas Fenstern wurden geöffnet, und aus einem schüttelte Jaura ein Tischuch aus und rief hinunter: „Oh, Dunga, wenn du heute Kolosnustratzen machst, möchte ich weiche!“ Und am anderen Fenster stand Leonor und rief mit einem Metallkamm an ihrer Wollmähne.

Der Bäcker kam mit seinem Riesenbrotkorb, den er auf dem Kopf balancierte, und trug seine Geldtasche unterem Arm. Er pflanzte seine Ware mitten im Hof auf und wurde bald Mittelpunkt einer geringen Menschenmenge. Die Kinder bestürmten seinen Korb, und schnell, wie sie gekommen waren, liefen sie wieder davon und trugen die langen, spitzen Brote stolz in ihren kleinen Armbüchsen. Eine melancholische Kuh, von ihrem jähnelnden Kälbchen gefolgt, klingelte mit ihrer unrein tönenden Glocke und hielt vor jeder Tür, während sie traurig von dem bishchen Milch Abschied nahm, das, wie sie wohl wußte, eigentlich zur Erhaltung ihres unseligen Sprößlings dienen sollte.

Ein neuer Ton erklang im allgemeinen Lärm — die Maschine der Walfaxonsfabrik gegenüber hatte angefangen zu arbeiten. Ein ununterbrochener Strom von Kunden zog in Joao Romaos Baden ein und aus. Die Wasserrohre hatten längst ihre Badefunktion beendet und trapteten jetzt trübselig in Blechwannen. Eine Reihe von Wäscherinnen stand schon vor ihren Kübeln, während andere ihre Wäscheleine zogen und den Boden aufwuschten, der sich ausgezeichnet zum Bleichen eignete. Die Arbeit hatte begonnen. Schrilte Stimmen sangen altportugiesische Volkslieder und brasilianische Montagemelodien. Das Geratter der eisernen Räder des Müllwagens auf dem Steinpflaster wetteiferte mit den schändlichen Flüchen, die der geduldige Dackel aus dem Munde seines nicht gerade schüchternen Treibers über sich ergehen lassen mußte.

Dann kam eine Prozession von Worfkämmern. Der Fleischer breitete seine Ware aus und zeigte seine Preislifte, die mißtrauisch geprüft wurde; andere waren Spezialisten für Leber, Gekröse oder endlose Ellen von Ochsenchwanz; nur die Gemüsehändler gingen vorüber, denn jede Familie besaß ja ein paar Fuß eigenes Gartenland. Stoffe und Kleider, Küchengerät, Glasgeräts und Nippesachen — jede erdentliche Art von Ware, die die sich plagenden Wochfrauen in Verführung bringen konnte, fand früher oder später ihren Weg in den Hof.

(Fortsetzung folgt.)



# Schulnot in Außenbezirken.

## Die Folgen der Baueinschränkungen.

Das der notleidenden Stadt Berlin aufgezwungene Sparprogramm sieht in erster Linie den Verzicht auf Beginn oder Weiterführung vieler Bauten vor. Im „Vorwärts“ wurde schon gesagt, daß eine derartige Maßnahme die verhängnisvollsten Folgen für die nach Beschäftigung verlangenden Bauarbeiter haben muß. Die Drohung der städtischen Bauämter bringt aber auch schwerste Verlegenheiten für diejenigen Verwaltungen, die auf die Fertigstellung warten.

Besonders schlimm wird es bei der Schulverwaltung ergehen, denn beinahe sämtliche geplanten oder begonnenen Schulbauten sollen der Sparpolitik geopfert werden. In manchen Außenbezirken, die ja den größten Teil des Bevölkerungszuwachses aufnehmen müssen, wird man zu Ostern nicht wissen, wo man die einzuschulenden Kinder unterbringen soll. Die Bevölkerung von Wittenau hat sich bereits mit der Schulkonferenz in einer Elternversammlung beschäftigt und gegen die auch dort gepöbelte Schulbaudrosselung scharfen Protest erhoben. Wittenau leidet ja schon lange unter Schulraumnot und wartet auf den nötigen Schulneubau. Nach einem Bericht, den der Schulleiter in der Elternversammlung gab, sind nur acht Schulräume von normaler Größe vorhanden, während die übrigen sieben Schulräume in ihrer Größe (oder vielmehr Kleinheit) durch den Grundriß des aus dem Jahre 1854 stammenden alten Schulhauses bestimmt sind. Noträume hat man dadurch geschaffen, daß man den Zeichenaal durch eine Wand teilte und sogar den Ankleideraum der Turnhalle als Klassenzimmer nahm. 27 Klassen sind in den unzulänglichen Räumen jetzt untergebracht, von Ostern ab ist aber auf 31 bis 32 Klassen zu rechnen. Die Schulkinderzahl ist seit 1925 von 360 auf jetzt über 900 gestiegen und wird zu Ostern die 1000 erreichen oder überschreiten. Wohin man diese Kinder stecken wird, weiß noch kein Mensch. Die Frage macht nicht nur der Verwaltung schwere Sorge, sondern auch den Eltern, die den begreiflichen Wunsch haben, ihre Kinder nicht in überfüllten und ungelunden Schulräumen zu lassen. Wird man die vorhandenen Räume in Doppelschichten vom Morgen bis zum Abend benutzen und zu dem Notbehelf der „fliegenden“ Klassen greifen? Das wäre Rückkehr zu Zuständen, die in Berlin längst überwunden sein sollten. Der Schulneubau für Wittenau ist größtenteils schon fertig, nur die Inneneinrichtung fehlt noch. Einen solchen Bau stillzulegen, wäre doch — so drückend der Geldmangel auch sein mag — wirklich sinnlos. Die Erregung der Elternschaft über diese Absicht ist durchaus verständlich.

Ähnliche Schulraumnot besteht übrigens in Heinersdorf und in Karow, wo gleichfalls die Zahl der Klassen bereits die Zahl der Räume übersteigt und zu Ostern weitere Wehrung der Kinder und der Klassen zu erwarten ist. Für beide Ortsbezirke wird vom Bezirksamt geplant, durch Schulparaden den Kostendruck zu mildern, oder auch das kann Hilfe nur für kurze Zeit bringen. Eine wirkliche Abhilfe ist nur von Schulneubauern für beide Orte zu erwarten. Sie sind beschäftigt und die erforderlichen Vorbereitungen (Aufstellung der Pläne) sind im Gange.

# Seltene Darlehensgeschäfte.

## Vorwürfe gegen deutschnationalen BVB-Direktoren.

Schwere Vorwürfe werden wegen einer seltsamen Darlehensvermittlung gegen die deutschnationalen BVB-Direktoren Südtke und Jangemeister erhoben. Ein Eisenbahnoberingenieur Franz Warg, der Sachbearbeiter der Aufsichtsbehörde für Klein- und Straßenbahnen, habe durch die Verkehrs-V.B. über die „Berolina“-Grundstücksgesellschaft eine Hypothek von 20 000 M. zu einem Zinssatz von 4 Proz. erhalten, da der BVB, die Maßnahmen des Beamten unbedeutend geworden seien. Auf Anfrage teilt uns das Städtische Nachrichtenamt mit, daß die „Berolina“, ein Tochterunternehmen der BVB, tatsächlich dem Oberingenieur ein Darlehen von 20 000 M. gewährt habe. Nach unseren Informationen ist dem Herrn Warg die Hypothek durch den deutschnationalen Direktor der BVB, Jangemeister verschafft worden. Später fand er weitere Hilfe bei dem gleichfalls deutschnationalen Direktor Südtke. Jangemeister vermittelte das Geschäft auf eigene Faust, insbesondere verständigte er den zuständigen Dezernenten nicht. Der deutschnationalen Jangemeister hat also zum mindesten sehr illegal und unkorrekt gehandelt. Bisherlich ist es jedoch, aus dieser Hypothekengeschäft auf eine Korruptionsabsicht der BVB zu schließen. Wie wir weiter erfahren, hat die Reichsbahn gegen Warg eine Untersuchung eingeleitet.

Die „rote Fahne“ hatte gestern die lächerliche Behauptung aufgestellt, die bösen Sozialdemokraten hätten die letzte Stadtorde-nungsversammlung in dem Augenblick gesprengt, in dem Herr Nled seine „Ankündigung“ über den oben geschilderten Fall in Szene setzen wollte. Wie oben und durch unsere Schwelbel ist, zeigt die Tatsache, daß die sozialdemokratische Stadtorde-nungs-fraktion von sich aus eine Anfrage einbringen wird, die volle Aufklärung über diese Hypothekengeschäfte verlangt.

# Proletarische Dichtung.

Das Frauensekretariat der Berliner Sozialdemokratischen Partei veranstaltete im Lehrerseminarhaus einen Vortragsabend über proletarische Dichtung der überaus stark besucht war. Als Referent hatte man sich den Vektor des Buchkreises Dr. Karl Schröder verpflichtet und hatte damit eine sehr glückliche Wahl getroffen. Die Genossin Wurm eröffnete den Abend, der von Gefängen des Reichshofes Wittenberg eingeleitet wurde. Der Redner des Abends gab zunächst eine Definition des Begriffes proletarische Dichtung. Er zeigte an Hand vieler Beispiele, wie die Literatur in der kapitalistischen Wirtschaft genau so zur Ware geworden ist, wie andere Bedarfsgegenstände auch. Die herrschende Klasse verjagt das Bildungsmonopol weiter für sich zu sichern, indem sie die Klasse durch Ueberproduktion zu überflutern veruche. Die Gestaltung des proletarischen Schicksals versteht sie gefickt zu umgehen. Die entstehende proletarische Dichtung sei noch im Fluß, sie sei nicht stationär, wie die des Bürgerlums. Da die proletarische Dichtung noch im Werden ist, ist es notwendig, daß das Proletariat selbst stärksten Einfluß auf sie ausübt. Und dazu rief Genosse Schröder abschließend auf ein jeder solle versuchen mitzuhelfen, und mitzugeben durch Anregung und Nachleben. An Hand von einigen Proben aus Prosa und Lyrik zeigte Dr. Schröder, in welcher Richtung er sich die Entwicklung der proletarischen Dichtung vorstellt.

Der gemeinsame Gesang der „Internationalen“ schloß den Vortragsabend, der bei allen einen befriedigenden Eindruck hinterließ, ab.

# Neun Studenten vor dem Richter.

## Unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Unter ungeheurer Andrange akademischer Kreise fand gestern im kleinen Schwurgerichtssaal in Moabit die Verhandlung gegen 9 Studenten statt, die an den Studenten-demonstrationen vor dem Kultusministerium am 28. Juni vorigen Jahres teilgenommen haben und die der Ueberführung der Bannmelle in einem geschlossenen Demonstrationzug sowie teilweise auch der Beleidigung von Polizeibeamten und des Widerstandes beschuldigt werden.

Bekanntlich sollen am 27. Juni Kundgebungen akademischer Kreise anlässlich der 10. Weidertage des Berliner Dittmarfriedens stattfinden, die aber vom Staatsministerium aus außerpolitischen Gründen verboten worden waren. Am nächsten Tage versammelten sich große Scharen von Studenten im Kastanienwäldchen, um gegen die „Knechtung der akademischen Freiheit“ zu protestieren. In der Versammlung erfolgte der Ruf: „Auf zum Kultusministerium!“ Es bildeten sich Demonstrationzüge, die aber von einem starken Polizeiaufgebot am Anfang der Bannmelle aufgehalten wurden. Verschiedene Trupps gelangten aber auf Umwegen zum Kultusministerium und demonstrierten dort mit den Rufen: „Nieder mit Becker!“ Es kam zu Zusammenstößen und zahlreichen Verletzungen. Die neun angeklagten Studenten Wiesenmann, Rau, Sievers, Hippler, Walbrach, Sigmund, Heyd, Jaeh und der Röntgeningenieur Granau erhielten Strafbefehle über je 50 M. wegen Ueberführung der Bannmelle und einzelne noch weitere Geldstrafen wegen Beleidigung und Widerstand. Gegen diese Strafbefehle haben sämtliche Angeklagten Widerspruch erhoben, so daß die Sache nunmehr vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Arndt zur Verhandlung gelangte.

R.-A. Dr. Blettenberg, der sämtliche Angeklagten bis auf Sievers vertritt, teilte dem Gericht mit, daß er durch direkte Ladung etwa 50 weitere Zeugen, zum größten Teil Augenzeugen der Vorfälle, dann aber auch den ehemaligen Universitätsrektor Geheimrat Dr. His, den Universitätsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Warcard, den Kommandeur der Schutzpolizei Oberst Heilmann und den Polizeipräsidenten Dr. Weiß geladen habe. Der Vorsitzende bemerkte zu diesen überaus vielen neuen Ladungen, daß es unmöglich sei, den Prozeß dann an einem Tage

durchzuführen. Es werde aber möglich sein, einzelne Fälle herauszunehmen und zu erledigen. Der als Zeuge erschienene Dr. Warcard hat um das Wort und erklärt, daß er mit der disziplinarischen Untersuchung gegen die Studenten beauftragt sei und daher ein Interesse habe, der Verhandlung beizuwohnen. Von den Vorgängen an den beiden Tagen habe er nichts wahrgenommen. Im übrigen sei er zur Amtserfüllung verpflichtet und müsse die Genehmigung des Kultusministers zur Aussage haben, wenn er dann noch als Zeuge vernommen werden sollte.

Aus der Verlesung der Strafbefehle ging hervor, daß der Angeklagte Walbrach u. a. beschuldigt wird, den Polizeibeamten zugerufen zu haben: „Henkersknecht! Bluthunde!“ Zunächst wurde der Fall des Angeklagten Sievers behandelt, der nur wegen Ueberführung der Bannmelle angeklagt war. Rätzlich hatte er an dem Demonstrationzug überhaupt nicht teilgenommen. Er sei nur gewissermaßen in Erfüllung von Bericht-erhalterpflichten ins Gedränge gekommen. Die Versammlung am Hegelplatz hat er mitgemacht. Als er sich dann zur Uniparität zurückbegeben wollte, sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen: „Donnerwetter, das würde doch einen Artikel abgeben für das Blatt, in dem ich mitarbeite.“ Rätzlich ein rechtsstehendes Blatt Gedacht, getan! Fünf Kommissionen schlossen sich ihm an — wozu er Begleitung brauchte, ist nicht einzusehen —, als er vor das Gebäude des Kultusministeriums kam, hatte sich die Menge bereits verstreut, er wurde später in der Behrenstraße abgedrängt und überlegte gerade, wie er es in seinem prächtigen Artikel darstellen würde, als ihn ein Beamter aus seiner wichtigen Beschäftigung in roher Weise mit den Worten herausriß: „Sie mit der weißen Kränze sind mir schon lange aufgefallen!“ Der Schupowachtmittel erklärte als Zeuge, daß der Angeklagte, der ihn übrigens höflich angelacht, ganz den Eindruck eines Demonstranten gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte Aufrechterhaltung des Strafbefehls in Höhe von 50 Mark — Der Angeklagte baterte in seinem Schlusswort, daß er lediglich wegen des Artikels mitgegangen sei.

Der Bericht über die Aussage des Schupobeamten nicht für überzeugend, ließ sich dagegen von den guten journalistischen Absichten des Angeklagten überzeugen und sprach ihn frei. Von den akademischen Gesinnungsgenossen wurde der junge Mann mit „Wir gratulieren“ freudig in Empfang genommen. Der Verteidiger der anderen Angeklagten meinte: „Ein günstiger Präzedenzfall für die anderen Sachen.“ Bisherlich doch ein wenig zu optimistisch.

# Frische Luft in die Justizstuben!

## Protest der Angestellten des Amtsgerichts Mitte.

In Haberlands Festsaal fand eine Volksversammlung der Angestellten des Amtsgerichts Berlin-Mitte statt. Die überaus stark besuchte Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Zuständen im Amtsgericht Mitte, die schon mehrfach vom „Vorwärts“ getrübt worden sind.

Nach dem Bericht des Betriebsrates zeigte eine lebhafte Debatte ein, die sich in erster Linie mit den Umgruppierungsfragen und den personalen Verhältnissen bei dem genannten Gericht beschäftigte. Nach Meinung der Diskussionsredner ist der Betriebsrat nicht in der Lage, das ihm übertragene Amt zu meistern; es hat den Anschein, als ob er allzu sehr unter der Vorgesetztenmacht steht. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, daß der Betriebsrat viel mehr als es bisher geschehen ist, die Interessen der Angestellten wahrzunehmen habe. Von den Kollegen wurde verlangt, daß der neu zu wählende Betriebsrat sich nur auf freigewertschaffliche Grundzüge zu bewegen habe. Die Diskussion ergab, daß die Mehrheit der Kollegen weit von den Presseentwürfen nach Art der „Roten Fahne“ abzuweichen, hingegen sich mit der schlichten Kritik der empfindenden Zustände am Amtsgericht Mitte durchaus einverstanden erklärte. Es ergab sich ferner, daß es mit den „Bürovernehmungen“ durch Amtsgerichtsrat Dr. Veefe seine Richtigkeit habe, und dieser Herr bisher 150 Vernehmungen durchgeführt hat, die aber vom heutigen Tag an durch Eingreifen des Amtsgerichtspräsidenten eingestellt wurden. Auch über die Arbeitseinstellung und die innere Organisation wurde lebhaft diskutiert. Vor allem wurde energisch gegen das Ueberstundenwesen Protest gemacht.

Die Teilnehmer müssen aus dieser Versammlung erfahren haben, daß sie nur die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen durchzusetzen vermögen, wenn sie geschlossen in der freigewerkschaftlichen Organisation zusammenhalten. Denn der Betriebsrat kann nur für sie wirken, wenn eine große Zahl von Beitragsmitgliedern, auf die er sich stützen kann, hinter ihm steht.



Vom Donnerstagprogramm ist noch ein Dialog zu erwähnen, der vielleicht neue Wege weist. Unter dem Titel „Betriebsräte machen eine Reise nach England“ unterhält sich der Bildungssekretär Hartig mit zwei Betriebsräten, Dettast und Kämmerer. Ausschlaggebend an diesem Gespräch ist die Unmöglichkeit der Unterhaltung, die überhaupt nichts Geistliches oder Bewusstseins aufweist. Gerade diese Art der Improvisation festet den Hörer. Mit dem Dialog beginnt eine neue Reihe, die der Arbeiterradio und unter Leitung seines Geschäftsführers Segal veranstaltet. Jedenfalls ist der Lust auf verheißungsvoll. Durch den mihägliden Versuch einer Uebertragung aus dem Haag wird am Freitag das Schallplattenkonzert arg beschmitten. Es heißt „Tanäre“, und hier sei festgestellt, daß die Auswahl nicht glücklich ist. Es fehlen die großen deutschen Tenöre. Herdorepand sind Crooks und Breeser, während Bertile trotz aller brillanten Stimmlinien in Tosca nicht überzeugend wirkt, und bei Caruso und Poldowski führt man die Fehler einer veralteten Aufnahmezeit. Werds lande! Breslau Hermann Kellers Schauspiel „Summa summarum“ unter der Regie Dr. Franz Engel. Das Stück ist eine Witz, und zwar schon im Jahre 1917 von Kesser vom prophetischen Gemüt aus den Chirurgen einer verfallenen Diplomatie gezogen. Der Diktator Kesser gestaltet hier Dinge, die ein paar Jahre später Wirklichkeit wurden. Alles und Neues sieht sich feindlich gegenüber. Eine sich von der Welt abspaltende Diplomatie wird vom Proletariat übernommen. Das Drama ist in diesen Beziehungen stillfess, es gibt hier Monologe und eine Sprache, die sich um den Ort der Bemüht, es gibt Szenen von plündernder Ironie und wieder Szenen von harter Sachlichkeit. Die Breslauer Schauspieler sind gute Sprecher, die mit beständigem Atem das Wesentliche herausmeißeln. F. Sch.

# Mit Waffen zur Kundgebung.

## Durchsuchung von Kommunisten am Heimhofplatz.

Gestern abend veranstalteten die Kommunisten auf dem Heimhofplatz im Norden Berlins wieder einmal eine Kundgebung. Die Polizei war in genügender Stärke zur Stelle, so daß alles ruhig verlief. Von der politischen Polizei war jedoch eine großangelegte Durchsuchung der Demonstranten nach Waffen vorgegeben. Der Erfolg blieb dann auch nicht aus. Ganz überraschend wurden die umliegenden Straßen sowie die meisten Häuserelagänge am Heimhofplatz durch Schupozwang besetzt. Ein größeres Aufgebot von Beamten der politischen Polizei erschien und nahm eine Durchsuchung nach Waffen vor, wobei die Beamten zum Teil auf Widerstand stießen. Das Ergebnis schien zunächst recht mager, denn nur wenige Demonstranten wurden im Besitze von Waffen angetroffen. Um so erfolgreicher war dagegen die Abjuchung des Platzes. Viele hatten sich rechtzeitig ihrer Waffen entledigt und sie auf den Rasen oder ins Gebüsch geworfen. Insgesamt wurden gefunden und beschlagnahmt 50 Patronen, 4 Trommelrevolver, 2 Urnenrevolver, 2 automatische Pistolen, 2 Terzerole, 1 Schrotflintenrevolver und zahlreiches Hand- und Stielwaffen, darunter Dolche, Totschlagger, Schlagringe, Eisenklangen usw. 214 männliche und 34 weibliche Demonstrantenteilnehmer wurden wegen verschiedener Delikte zwangsgewalt und auf Lastautos ins Polizeipräsidium gebracht.

Einige Zeit später wurde in der Schlimmstraße ein Schupo-beamter durch Steinwürfe verletzt. An dieser Stelle wurden um die Wette in der Luft abgefeuer, verletzt wurde jedoch niemand.

# 15 000 Kälteopfer in der Mongolei.

Reiz Berl., 10. Januar.

„Associated Press“ meldet aus Schanghai: Die Nachrichtenagentur Ruomin berichtet aus Peking, daß in der Mongolei 15 000 Menschen infolge der herrschenden Kälte umkamen.

# Rentenbankscheine gelten noch.

Um irrigen Auffassungen im Publikum zu begegnen, macht die Deutsche Rentenbank darauf aufmerksam, daß sowohl die Rentenbank-scheine zu 1000, 500 und 100 Rentenmark mit Ausstellungsdatum vom 1. November 1923 (ohne Kopfbilder) als auch die Rentenbank-scheine zu 50 Rentenmark (mit Kopfbildern eines Landmanns), zu 10 Rentenmark (mit Kopfbildern einer Landfrau) und zu 5 Rentenmark (mit Kopfbildern eines Landmädchens) nicht aufgerufen, also noch wie vor gesetzlich zugelassene Zahlungsmittel sind.

# Der Tod auf dem Fahrdrum.

Gestern nachmittags ereigneten sich in Berlin wieder mehrere tödliche Verkehrsunfälle. Gegen 16 Uhr wurde an der Ede-Gottlieb-Dankel- und Gollburgstraße ein etwa 35jähriger Radfahrer, dessen Personalien noch unbekannt sind, von einem Lastauto überfahren und auf der Stelle getötet. Dasselbe Schicksal ereilte einem gleichfalls noch unbekanntem, etwa 45 Jahre alten Mann, der vor dem Hause Kaiser-Friedrich-Straße 150 in Richtung mit seinem Fahrrad unter einem Lastauto überfahren und auf der Stelle getötet wurde. Der Verunglückte konnte nur noch als Leiche geborgen werden. In der Königgräber Straße wurde der 17jährige Radfahrer Willi Bosh aus der Kulestraße von einem Lastauto überfahren und lebensgefährlich verletzt. B. fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme.

# 50 000-Mark-Gewinn gezogen.

Bei der gestrigen Ziehung der 4. Klasse der 287 Klassen-Lotterien wurde ein Hauptgewinn auf Nummer 33 630 gezogen. Die Besitzer dieser Nummer können sich 30 000 Mark teilen. Am gleichen Tage wurde auf die Nummer 93 065 ein Gewinn in Höhe von 5000 Mark und auf die Nummer 64 650 ein 2000-Mark-Gewinn gezogen. (Angaben ohne Gewähr.)







# Das Schicksal der Reichsbank.

## Weitere Einzelheiten. — Auch bürgerliche Proteste. — Eine Zuschrift.

Die „Kölnische Zeitung“ hat am 10. Januar die vom „Vorwärts“ erstmalig veröffentlichten Grundlinien der Reformvorschlüsse des Reichsbankgesetzes in einigen Einzelheiten ergänzt. Eine wesentliche Aenderung des Gesamtbildes der Privatisierung der Reichsbank, die sich aus den Reformvorschlüssen praktisch ergibt, bringen aber auch diese Einzelheiten nicht.

Das Kapital der Reichsbank soll in Zukunft gesetzlich nicht begrenzt werden. Nach dem Reichsbankgesetz vom August 1924 war eine Erhöhung auf 400 Millionen Mark vorgesehen und eine Mindestgrenze von 300 Millionen Mark. Die Bestimmung der Kapitalgröße soll überhaupt bei der beschriebenen Gesetzesänderung wegfallen.

Für den wichtigsten Punkt, die Wahl und die Abberufung des Reichsbankpräsidenten, gilt folgende Regelung: Der Generalkonvent wählt den Reichsbankpräsidenten. Der Reichspräsident hat ein absolutes Widerprüfungsrecht gegen jede Wahl. Neu ist nach den Bestimmungen der „Kölnischen Zeitung“, daß der Generalkonvent das Reichsbankdirektorium über die Person des zu wählenden Präsidenten anzuhören hat. Wir haben schon gesagt, daß das Vetorecht des Reichspräsidenten kaum praktisch werden wird. Aber auch das Anordnungsrecht des Reichsbankdirektoriums ist nur als eine formelle Angelegenheit zu betrachten, so daß der Generalkonvent praktisch unbeschränkt über die Wahl des Reichsbankpräsidenten zu bestimmen hat.

Neu ist ferner, daß auch die Abberufung durch den Generalkonvent der Befähigung durch den Reichspräsidenten bedarf. Auch hier ist zu sagen, daß dieses Bestätigungsrecht des Reichspräsidenten die Machtmittelvollkommenheit des Generalkonvents praktisch nicht einschränkt. Jedenfalls bleiben bei der Wahl wie auch bei der Abberufung des Reichsbankpräsidenten die Reichsregierung und der Reichstag, die die Reichsbank kontrollieren, vollständig ausgeschlossen.

Ein scheinbares Zugeständnis an das prinzipiell widerberufene Recht des Reiches, die Reichsbank zu kontrollieren, liegt in der beschriebenen

### Befreiung des Präsidenten des Rechnungshofes als Kommissar für die Notenausgabe.

Bisher war der Notenkommisssar ein Ausländer, bei dem praktisch die Kontrolle der Reichsbankpolitik lag. Die Übertragung dieser Funktion auf den Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches läßt darauf schließen, daß nicht eine Kontrolle der Reichsbankpolitik, sondern eine Kontrolle des Reichsbankhaushalts mit dieser Kontrollfunktion verknüpft sein soll. Es ist nämlich nicht gut anzunehmen, daß der Präsident des Rechnungshofes eine Aufgabe übernehmen soll, die außerhalb der Funktionen des Rechnungshofes bisher gelegen war. Demnach wird die eigentliche Kontrolle der Reichsbankpolitik praktisch beim Generalkonvent konzentriert bleiben.

Die schweren Bedenken, die wir gegen die Neuordnung des Reichsbankgesetzes geäußert haben, werden also durch diese ergänzenden, bisher noch nicht bekannten Einzelheiten in keiner Weise beseitigt.

### Eine Zuschrift aus Finanzkreisen.

Wir erhalten aus bürgerlichen Finanzkreisen zur Frage der künftigen Gestaltung der Reichsbank und insbesondere zu den außerordentlich weitgehenden Funktionen des Generalkonvents folgende Zuschrift:

„Es dürfte nicht ganz zweckmäßig sein, die Neuordnung des Reichsbankgesetzes ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten zu betrachten, wie es im „Vorwärts“ geschehen ist. Man braucht auch nicht so sehr an die Wiederherstellung des alten Zustandes zu denken, wie es der „Vorwärts“ tut. Das Herkommen hat keine göttlich verbindende Kraft und auch unter einer demokratisch-republikanischen Verfassung könnte den organisatorischen Entwicklungsmöglichkeiten ein Spielraum gelassen werden, der auch dann nicht unbedingt zu Widerstreitigkeiten führen müßte, wenn die bis 1922 geltende Reichsbankordnung völlig auf den Kopf gestellt werden würde. Es sind wirtschaftliche Überlegungen, die zu recht ernsthaften Bedenken gegenüber der beschriebenen Regelung führen müssen.“

Die Mitglieder des Generalkonvents sind samt und sonders Bankiers. Sie stehen großen deutschen Bankinstituten vor und sind, darüber ist kein Zweifel, in dem Sinne interessiert, daß sie auch als Mitglieder des Verwaltungsrates die Leiter ihrer Banken bleiben. Diese Bankiers werden eventuell noch durch einige führende Leute der Wirtschaft ergänzt. Auch diese werden mit ziemlicher Sicherheit Großunternehmer sein, also auch Interessenten, für deren Dispositionen die Politik der Reichsbank alles weniger als gleichgültig ist. Man mag nun auch einen noch so großen Respekt

vor der Einsicht und der Integrität führender Bankiers und Industrieller haben, so ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, besonders bei dem für den Generalkonvent vorgesehenen Wechsel der Persönlichkeiten, daß vom Standpunkt des Interessenten die Politik der Reichsbank beeinflusst wird. Es wäre ja durchaus nichts Neues, daß etwa föhliche Großbanken einmal Dispositionen treffen, bei denen es von der allergrößten Bedeutung ist, ob notwendige Maßnahmen der Reichsbank vierzehn Tage früher oder später vorgenommen werden. Es ist aber keineswegs unbedingt notwendig, daß eine Verschiebung notwendiger Maßnahmen der Reichsbank um vierzehn Tage auch im volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Wenn man die Unabhängigkeit der Reichsbank sichern will, so ist es nicht nur notwendig, diese Unabhängigkeit gegenüber den Haushaltsinteressen des Reiches, sondern auch gegenüber den Geschäftsinteressen von Bankiers und Industriellen sicherzustellen.

Man muß sich übrigens wundern, daß die Widerständigkeit Kunden der Reichsbank auf die Politik der Reichsbank bestimmenden Einfluß nehmen zu lassen, so bedeutenden Persönlichkeiten, wie sie unter den bisherigen deutschen Mitgliedern des Generalkonvents zu finden sind, nicht selbst sehr mißfällt, aus Taktgründen nämlich. Die größte Unabhängigkeit von allen Zentralnotenbanken gegenüber der Regierung hat die Bank von England. Es wäre aber für englische Begriffe unvorstellbar, daß Kreditnehmer der Bank von England irgendwie in der Bank von England selbst vertreten sind. An der Beaufsichtigung der Bank von England sind zwar auch Bankiers beteiligt. Diese Bankiers sind aber nur die Vermittler von Krediten, die die Bank von England gewährt, nicht aber die Kreditempfänger selbst. Gerade in der Gegenwart zeigt aber das Beispiel der Bank von England, daß eine noch so weit getriebene äußere Unabhängigkeit von der Regierung es nicht verhindert, daß das volkswirtschaftliche Interesse der Gesamtwirtschaft für die Politik der Zentralnotenbank allein ausschlaggebend ist. Die in Deutschland angestrebte Art der Unabhängigkeit der Reichsbank kann aber das gerade Gegenteil erreichen.

Werkwürdig ist auch, daß die neue Regelung des deutschen Bankgesetzes die psychologische Seite der Abhängigkeit des Reichsbankpräsidenten vom Generalkonvent zu vollständig vernachlässigt. Der Generalkonvent wird es sein, der den Reichsbankpräsidenten ernannt und abberuft, der vor allen Dingen auch das Gehalt und die Pension des Reichsbankpräsidenten bestimmt. Deutschland kann vielleicht so glücklich sein, daß trotz der Abhängigkeit des Reichsbankpräsidenten vom Generalkonvent die Wahl immer solche Leute trifft, die, einmal im Amt, ihre Unabhängigkeit auch gegenüber dem Generalkonvent zu wahren wissen. Dafür hat man aber doch wirklich nicht die geringste Garantie. Es ist doch immerhin möglich, daß ein Reichsbankpräsident ganz besonderen Wert auf die Gehaltsfragen, ganz besonderen Wert auf die Pension, ganz besonderen Wert auf seine Wiederwahl legt — das ist ja nur zu menschlich —, und daß bei solchen menschlichen Einflüssen auf die Politik der Reichsbank wirksam werden können, die wiederum nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft, der die Reichsbank allein zu dienen hat, liegen müssen.

Dazu kommt endlich eine politische Überlegung, zu der die unmittelbare Gegenwart Anlaß gibt. Man kann zum gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten stehen wie man will. Sicher ist, daß er politische Interessen hat und daß er diesen politischen Interessen auch Ausdruck zu geben vermag. Wenn es aber möglich ist, daß ein Reichsbankpräsident sich auch um Politik kümmert — und das ist, wie man gesehen hat, mit einigem Erfolg möglich —, dann muß die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten erst recht mit taubsten Garantien versehen sein dagegen, daß eine solche politische Rolle im Interesse von Kreisen gespielt würde, denen sich ein Reichsbankpräsident auch nur im entferntesten verpflichtet fühlt.“

### Keinen Staat im Staate!

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von Bedenken, denen unbedingt Rechnung getragen werden sollte. Die Zentralnotenbank dürfe sich mit ihrem vom Staat verliehenen Rollenprivileg nicht zu einem Staat im Staate etablieren; unbeschadet der Unabhängigkeit der Bankpolitik als solcher müsse das Reich bestimmte Einwirkungsrechte haben. Das Kooperationsrecht (Recht der Zustimmung) des Generalkonvents lasse befürchten, daß dieser die neuen Mitglieder sehr stark nach dem Interessentstandpunkt wählen wird. Weder sei eine einseitige Renouveau des Bankgewerbes wünschenswert, noch sollten ausschließlich Wirtschaftsinteressen in den Generalkonvent einfließen werden. Die Zustimmung von Wirtschaftswissenschaftlern und gegebenenfalls auch von Wirtschaftspolitikern müsse zulässig sein, selbst wenn sie vom Deutschen Reich oder von einem deutschen Land ein Gehalt empfangen. Die Reichsregierung müsse ein gewisses Vorschlagsrecht haben; ebenso müßten die Einwirkungsrechte des Reiches wieder stärker ausleben.

### Einbruch in die Schwachstromindustrie

#### Gründung einer englisch-amerikanischen Fabrik.

Die Offensive der A.E.B. gegen Siemens-Halske auf dem Schwachstromgebiet, die in Verbindung mit der amerikanischen International Telephone and Telegraph Corporation unternommen wurde, führt schon zu neuen Schrittgründungen in Deutschland. Der amerikanische Telephonkonzern beherrscht die englische Firma Creed & Co. in Crendon. Diese hat jetzt mit einem vorläufigen Kapital von 1 Million Mark die Creed-Telegraphen-Appliance Co. in Berlin als Tochtergesellschaft gegründet. Gründer ist neben der englischen Gesellschaft der Generaldirektor Zwietusch der Vereinigten Telephon- und Telegraphenfabriken in Wien.

### Stillstand des Hypothekengeschäfts.

#### Der Abschluß der Hamburger Hypothekendarlehen.

Wie in den vergangenen Jahren, legt auch diesmal die Hamburger Hypothekendarlehen als erste Abschlußziffern und Geschäftsbilder für 1929 vor. Das letzte Jahr stand im Zeichen eines völligen Stillstandes auf dem Hypothekendarlehen und im Pfandbriefgeschäft. Allerdings ist das Gewinnergebnis hiervon kaum beeinflusst worden, denn aus einem von 1,1 auf 1,3 Millionen Mark erhöhten Reingewinn wird die gleich hohe Dividende von 10 Proz. wie im vergangenen Jahre, gezahlt. Der Stillstand des Geschäftes kommt in den Bilanzzahlen deutlich zum Ausdruck. Die im Vorjahr von 118,5 auf 161,1 Millionen gestiegenen Hypotheken sind im Berichtsjahre nur ganz unwesentlich gewachsen. Der Pfand-

briefabsatz stagnierte vollkommen, und mit 151,8 Millionen Mark ist die Höhe der ausgegebenen Pfandbriefe fast unverändert geblieben. Darüber hinaus waren Pfandbriefaufnahmen erforderlich, und die Folge war die Einschränkung und schließlich die Einstellung der Beleihungstätigkeit.

Im Pfandbriefumlauf hat sich das Neugeschäft um 5,75 auf 86,09 Millionen Mark erhöht. In Liquidationspfandbriefen hat sich dagegen der Umlauf um 4,75 Millionen Mark auf 65,8 Millionen vermindert, so daß der Gesamtumlauf sich nur um eine Million erhöhte. Im Geschäftsbericht warnt die Gesellschaft vor der Einführung eines Korridoriums (Zahlungsausschub) durch Einschleusen von Aufwertungsstellen mit weitgehender Stundungsbefugnis oder durch zwangsweise Umwandlung kündbarer Hypotheken in sogenannte Amortisationshypotheken.

### Fortschritt im öffentlichen Kraftfahrwesen

#### Gemeinschaftsarbeit mit anderen Verkehrsweigen.

Zur Bohrung gemeinsamer Interessen haben sich die Kraftverkehr Deutschland G. m. b. H. in Berlin sowie der Verband Deutscher Verkehrsvereinigungen vereinigt.

In dem genannten Verband sind die einzelnen Verkehrsweige Straßenbahnen, Klein- und Privatbahnen gruppenweise zusammengeschlossen und bei der wachsenden Bedeutung des Ueberlandverkehrs von Kraftwagen wurde erst kürzlich eine neue, den anderen Abteilungen gleichberechtigte Gruppe „Kraftfahrzeuge“ in dem Verband Deutscher Verkehrsvereinigungen aufgenommen.

Durch die jetzt durchgeführte Vereinigung der Kraftverkehrsgesellschaften in den Verband wird der Kraftwagen-Ueberlandverkehr mit einem großen Teil öffentlicher Verkehrsbetriebe zusammengeschlossen und damit ein wesentlicher Fortschritt im öffentlichen Verkehrsdienst erzielt. Die Kraftverkehrsgesellschaften haben eine jährliche Verkehrsleistung von etwa 4 Milliarden Passagieren, also wesentlich mehr als die Deutsche Reichspost mit ihrem schon sehr entwickelten Verkehrsnetz.

### Die höheren Getreidezölle.

#### Sie werden in Kraft gesetzt. — Endschiff fast nur formale Bedeutung.

Die Reichsregierung wird wahrscheinlich schon nächste Woche die erhöhten Roggen- und Weizenzölle in Kraft setzen. Nach Mitteilung des Deutschen Landwirtschaftsrats hat die Zollberechnungsstelle des Reichsfinanzministeriums auf Grund der Roggen- und Weizenquotierungen in Berlin, Breslau, Königsberg bzw. Regensburg für die Monate Oktober bis Dezember 1929 einen Durchschnittspreis von 178,23 Mark für Roggen und von 220,23 Mark für Weizen ermittelt. Da sich die Durchschnittspreise unter den gesetzlich festgelegten Preisen (230 Mark für Roggen und 260 Mark für Weizen) bewegen, hat der erhöhte Weizen- bzw. Roggenzoll in Kraft zu treten.

Die Heraushebung der Zölle ist zunächst eine formale Angelegenheit, da infolge des Vertragsverhältnisses zwischen Deutschland und Schweden von der Heraushebung nur drei Länder, nämlich Kurland, Kanada und Polen betroffen werden. Polen scheidet von vornherein aus, da hier noch ein Kampfsoll von 10 Mark besteht. Kanada kann nicht befeuern, weil seine großen Ausfuhrhöfen gegenwärtig eingetorren sind. Auch für Australien scheinen Lieferungen nicht in Frage, weil die Länder der südlichen Halbkugel vor der Ernte stehen. Erst wenn der schwedische Reichstag, der Ende dieses Monats zusammentritt, die neue Regelung angenommen hat, tritt der erhöhte Zoll von 9 bzw. 9,50 Mark tatsächlich in Kraft. Das wird allem Anschein nach nicht vor Mitte Februar erfolgen.

### Banken geben Konjunkturkredite.

#### In England — Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die „Daily Herald“ mitteilt, daß der Minister für Arbeitsbeschaffung, A. H. Thomas, in Manchester weitreichende Pläne zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Entlastung des Arbeitsmarktes angekündigt. Diese Pläne sind in wochenlangen Beratungen zwischen dem Minister, den fünf großen Privatbanken und der Bank von England ausgearbeitet worden. Die Banken haben sich bereit erklärt, ihre bisherige Politik der Kreditverweigerung aufzugeben und weitgehende Kredite zu günstigen Bedingungen an sichere Unternehmungen zu gewähren. Diese Kredite sollen vor allem die Rationalisierung der britischen Industrie fördern.

Die Konkurrenz unter den ausländischen Auto-Motorenwerken. Im letzten Jahr hat sich bei den ausländischen Auto-mobil-Motorenwerken eine starke Beschleunigung nachgezeigt. Die großen Konzerns General Motors und Ford haben auch hier die schwächeren Konkurrenten auf die Hand gedrückt. Von neun ausländischen Motorenunternehmen haben vier die Arbeit ganz einstellen und drei weitere ihren Betrieb erheblich einschränken müssen. Diese Entwicklung ist die Folge der Unrentabilität der kleineren und mittleren Motorenwerke, die den zur Wirtschaftlichkeit notwendigen Mindestumsatz nicht erzielen konnten. Da die Hauptausfuhr an Automobilen aus den USA nach Deutschland über die Motorenwerke erfolgt und die Fertigung hier ständig zurückgeht, zeigt sich hierin eine wachsende Konzentration der amerikanischen Autoexporte auf die beiden großen Trusts.

Die deutsch-polnischen Roggenverhandlungen. Die Delegation der polnischen und der deutschen Getreidewirtschaft, die seit einigen Tagen in Warschau über die Organisation des Roggenexports verhandelt, haben am Freitag gemeinsame Richtlinien aufgestellt. Die weiteren Verhandlungen hängen von der Reorganisation des polnischen Roggenexports ab. Die deutsche Delegation ist am Freitag nach Berlin zurückgekehrt und wird die Verhandlungen voraussichtlich Ende der nächsten Woche in Warschau wieder aufnehmen.

### Russisches Drama.

#### Gewalttätige Getreideexporte, weil Wechsel bezahlt werden müssen.

Sowjetrußland verhandelt zur Zeit mit der tschechischen Regierung zumeist Einfuhr von 30 000 bis 40 000 Tonnen Roggen nach Pottland. Außerdem steht die Sowjetregierung, wie wir zuverlässig erfahren, mit anderen Regierungen in ähnlichen Verhandlungen. Sie beabsichtigt, in den nächsten beiden Monaten rund 100 000 Tonnen Roggen ins Ausland auszuführen, um die in den einzelnen Ländern fälligen Wechsel in Höhe von annähernd 17 Millionen Mark einzufassen zu können. Der Schiffsraum für die Zustandstransporte ist zum Teil bereits gesichert.

Seit Jahren hatte Rußland kein Getreide mehr exportiert, früher war Rußland Europas Kornkammer. Der Export war nicht möglich, weil in Rußland selbst, durch die unzulängliche Agrarpolitik des bolschewistischen Systems, Getreide- und Brotmangel herrschte. Kürzlich erlebten die europäischen Produzentenländer die Ueberzeugung, daß russisches Getreide, erst in den Randstaaten, dann auch in England, Holland und Belgien angeboten wird. Jetzt kommt die Erklärung, warum Rußland Getreideexporte durchführen muß. Rußland muß exportieren, weil es unbedingt Devisen zur Bezahlung ausländischer Verpflichtungen braucht.

Ein Drama also ist es, das sich hinter diesen überraschenden Getreideexporten verbirgt; das Drama des Fünfjahresplans für die Landwirtschaft, das für die russischen Arbeiter neue Not bringen wird.



### Pfarrer Heumann's Heilmittel

bewährt bei zahlreichen Krankheiten. 180000 Dankeschreiben. / Das Pfarrer Heumann-Buch (272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat bezieht, vollständig und portofrei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg 5 Pfarrer Heumann's Heilmittel sind an Originalpreisen stets vorrätig in der Niederlage: Zions-Apothek, Berlin N 21, Anklamer Straße 29 an der Ecke Brunnenstraße 5a. 5 Minuten vom Rosenthaler Platz. Adler-Apothek, Berlin-Friedenau, Rheinstr. 15. Friedrich-Wilhelm-Apothek, Charlottenburg, Leibnizstr. Hoegge-Apothek, Berlin O. Gubenstr. 28. Schweizer-Apothek, Berlin W 8, Friedrichstraße 178. Rosen-Apothek, Eichwalde-Berlin.



## W. Schischkoff: Verwahrloste Helden

Die Jungen sahen uns Feuer geschaut.  
„Ihr Leute!“ sagte Amelja, „Morgen bei Tagesanbruch ziehen wir die jenseits des Flusses zur Verantwortung. Die Wässer bleiben weg, Bird's nötig, stoße ich selber diesem oder jenem eins zwischen die Rippen.“  
Die Jungen waren's zufrieden.  
Über der Reulung wachte nichts von den verschwiegenen gegenseitigen Beziehungen der Obdachlosenverbände, nichts von ungeschriebenen Beutegelegen.  
Beim Tee unterrichtete ihn Amelja:  
„Wir hausen in der Barke, andere Gemeinschaften im Hafen oder jenseits des Flusses. Jeder Gemeinschaft ist ein besonderer Stadtteil zugewiesen. Keine dort im Bezirk der anderen arbeiten. Sonst gib's Prügel, wenn nicht Todesstrafe von Gerichts wegen.“  
Lach! — Der Reuling ging nicht mit.

Etwa zwanzig handfeste Jungen machten sich in der Morgendämmerung auf zu denen jenseits des Flusses. In der Stadt ging man einzeln weiter. Nach einer Stunde fand man sich wieder zusammen. Feldwärts ging's zum ehemaligen Schlachthof. Schon war dort alles auf den Beinen.

„Wir kommen euch besuchen“, sagte kriegerisch Amelja. „He, Müjka, zeig dich!“

Amelja und sein Anhang setzten sich auf den lauschten Weizen. Stießen Zigaretten an. Stierig schnupfte Amelja Kokain.

Aus den Ruinen des Schlachthofes trat Müjka. Zigeunerhaft, dünnbeinig und mager, überragte er Amelja um Kopfeslänge. Schwarzelack, mit listigen Blick, wäre er hübsch gewesen, hätte ihn nicht die eitergefüllte Geschwulst jenseits der Nase entstellte. Der grüne Schal um den langen Hals hing lässig über den Rücken herab. Die nackte Brust im Apachenhemd war tätowiert, die Handrücken umgestülpt. Mit einem Blick auf die zerlöchernten Arme erstarrte Amelja: ein Morphinist. In Soldatenhosen, Fußwädeln und derben gefellerten Stiefeln ging er, umringt von einem Haufen Verwahrloster, mit frech in die Seite gestemmen Armen lächeln auf den stehenden Amelja los.

„Beschalt der Bärm?“ rief er mit Tenorstimme, strich die Lippen zurück und spie aus.

„Seh dich“, sagte Amelja fest und spie auch aus.

„Was ist los?“

„Deine Beute haben gestern auf unserem Markt gearbeitet.“

„Das liegt da.“

„So kapierte du!“

## Moderne Kalenderreform — Jahrtausende alt!

Die in unvergänglichem Stein gemauerten Chroniken der Mayas geben Kunde, daß diese hochzivilisierten Ureinwohner Amerikas am 6. August des Jahres 618 v. Chr. auf dem Schouplah ihrer historischen Wirksamkeit erschienen sind. In diesem Tage, dem ältesten Datum der amerikanischen Geschichte, beginnt auch ihr erstklassiges Kalendersystem, das seit seiner Entzifferung der wissenschaftlichen Welt als eine unübertroffene Großtat menschlichen Schaffens gilt. Die vor diesen 6. August 618 liegende Vergangenheit der Mayas, die auf der Höhe ihrer Kultur als die Hellenen der Neuen Welt angesehen werden können, bildet ein Rätsel, das bisher niemand zu lösen vermochte. Man weiß nur, daß das Mayareich im Zenith seiner Macht ein hübsches Volk von rund 14 Millionen Menschen umfaßte, die auf verhältnismäßig hoher Bildungstufe und im Wohlstand lebten, und deren heruntergekommene Nachfahren ein paar tausend armer, unwissender Indolenter sind. Auf seinem Gebiet menschlichen Selbstlebens waren die Ahnen dieser Indianer oder ihrer Zeit so weit voraus wie in der Mathematik und Astronomie. Diese Ueberlegenheit befähigte sie auch, ein Kalendersystem auszuarbeiten, das an Genauigkeit der Berechnung dem heute geltenden gleich ist, ja dieses noch übertrifft. Der herben von den Someten eingeführte, durch die Fünftageswoche gekennzeichnete Kalender kann ebensowenig auf Originalität Ansprüchen machen, wie der Verzicht des Kalenderjahres mit 13 Monaten, dessen Einführung besonders amerikanische Geschäftskreise seit Jahren begehren. Lange vor der christlichen Zeitrechnung hatten die alten Mayas bereits beide entwickelt und praktisch angewandt. Nach den Forschungen Dr. Herbert J. Spindens, des Kurators der ethnologischen Sammlungen des Brooklynmuseums, hatten die Mayas zunächst wahrscheinlich einen Sonne-Mond-Kalender mit zwölf Monaten zu je dreißig Tagen, der also ein Jahr von 360 Tagen umfaßte. Aber statt die überschüssigen fünf Tage zu Festtagen zu erklären, wie es die Reformmänner des Sowjetkalenders tun, setzten die Mayas diese zu einem verlängerten dreizehnten Monat zusammen. Später wurden dann die Tage der Monate auf zwanzig ermäßigt, die Zahl der Monate dafür auf 18 erhöht. Die Mayas taten das, um ihren Kalender ihrem Rechnungssystem anzupassen, das sich auf die Zahl zwanzig — die Zahl der Finger und Zehen des Menschen — gründete. Der kurze Zeitraum mußte dabei naturgemäß beibehalten werden.

Wie genau diese Kalenderrechnung war, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie sich seit dem Tage ihres Inkrafttretens bis zum Jahre 1861, als die Spanier die meisten Bücher und Aufzeichnungen des Mayareiches vernichteten, nicht auch nur um einen einzigen Tag geirrt hatte. Der alte Julianische Kalender, der in der Kulturwelt bis zum Jahre 1582 und in Rußland noch bis vor ein paar Jahren in Kraft war, machte das Jahr um zwölf Minuten zu lang und führte damit in weniger als 200 Jahren zu einer Differenz von elf Tagen. Der alte Kalender der Mayas hätte dagegen eine Genauigkeit von 800 000 Jahren gebraucht, um sich nur in einem Tag zu irren. Unser Kalender bedürfte nur einer Laufzeit von 3300 Jahren, bevor sich die Differenz eines Tages ergäbe. Ueber die psychologischen Grundlagen der Zeitrechnung der Mayas gibt Dr. Spinden, der fünfzehn Forschungsreisen ins Gebiet der Mayas gemacht und in jahrelanger Arbeit den Mayakalender mit dem untrüglichen Vergleich hat, folgende Erklärungen: „Der Gedanke der Unabsehbarkeit von Raum und Zeit scheint tief in der Seele der Mayas verankert gewesen zu sein. Ihr Kalender war folgerichtig ein

„Ich werde wieder auferstehen und dir das Genick brechen.“  
Heller schmer Müjka und schlug mit der Faust an seine Brust.  
„Gemeiß waren sie dort, genüß!“ schnauzte Amelja's Sippe.  
„Wißt du es etwa leugnen?“  
„Schädel!“ schrie Amelja die seinen an. Sie verstimmen.  
„Ich will ein Hund sein, wenn sie dort gewesen sind.“ beharrte Müjka. „Wenn's so ist, will ich für ewig unfrei sein!“ Und er schüttelte theatralisch den emporgeschwungenen Arm.  
Verächtlich schielte Amelja nach ihm.  
„Wißt ein Führer sein und bist eine Laus.“

Wortlos vollzog sich das Handgemenge. Der Schrei, ist ein Hund. Zweimal stürzte Amelja. Zweimal begrub er Müjka unter sich. Tief schützte der Kamelhaarschul in Müjka's magerten Hals. Müjka lachte. Plötzlich rollte der Sieger Amelja den Abhang hinab. Doch immer wieder war er auf dem Feldhügel, wo in flammendem Gemenge seine Helden sich schlugen. Bänglich schon war Müjka's Gesicht unter einem Faustschlag gelprungen. In das Blut des zerfallenen Auges mengte sich Eiter.

Vor Amelja schwannten nun Himmel und Erde. Ihm war jetzt alles gleich. Er merkte nicht, daß ihm zwei Zähne ausge schlagen waren, nicht, daß der Rose Blut entströmte, nicht, daß der Banjka Brami aus seiner Wunde im Gebüsch höhnte, auch nicht, daß er, Amelja, das Spiel verloren hatte.  
Ihm schwand das Bewußtsein.

Auf dem Rücken schleppte der Steger Dixer den Banjka Brami mit gedrohenem Fuße ins Krankenhaus.

„Wartet, ihr Kuschelbuben! Wir werden euer Rest dem Erdboden gleich machen. Ihr sollt uns noch kennen lernen.“ brüllten die unterlegenen Jenseitigen.

Von Amelja kam die Antwort.

„Oho! Wollt ihr etwa pehen? Auf Verrat steht der Tod!“

„Wir wollen nicht pehen. Aber austräuhern wollen wir euch.“

Es bluteten die Sieger, bluteten die Besiegten. Zähne waren ausge schlagen, Augen geschwollen. Man schaute, spuckte, schrie mit den Zähnen. Aus zerlöchernten Rippen quoll geronnenes Blut. Im Gebüsch lag Müjka und stöhnte. Großmütig wusch Bolacha Werbjud, vor kurzem noch sein Feind, Eiter und Blut aus seinem Gesicht.

Schweißend, unter Anstrengung, trug Dixer den entstellten Banjka durch die ganze Stadt bis zum Krankenhaus.

„Wir lösthen Kohlen auf einer Barke. So brach er das Bein.“ erklärte Banjka im Krankenhaus.

(Uebersetzen von Sofka Reiterthal.)

„Himmelslagebuch“. Sie haben den Lagen Namen und Nummern, nicht nur um lange Zellabschnitte unterscheiden zu können, sondern auch um diese mit einem persönlichen Kennwort auszustatten. Sie unterscheiden dabei gute, böse und gleichgültige Lagen. Selbstverständlich ist der moderne Zeitbegriff so gänzlich verschieden, so unpersonlich und abstrakt, daß es recht schwerlich ist, uns diese Betrachtungsweise der Mayas zueigen zu machen.

Die wunderbare Kenntnis der Bewegungen der Himmelskörper war in der Hauptache ihrer Erfindung einer Wissenschaft zu danken, die man als die „Anemose Astronomie“ bezeichnen könnte, denn die Mayas hatten noch kein Fernrohr. Vor einigen Jahren entdeckte Dr. Oliver G. Reiden vom Carnegie-Institut einen runden Turm auf dem Tümmersfeld von Chichen-Itza, der von den Mayas als astronomisches Observatorium benutzt worden war. Um die Sterne und Planeten beobachten zu können, bedienten sie sich der Schlitze oder Fenster, die sie an den „strategischen Punkten“ des Turmes in die Mauer geschliffen hatten. Durch sorgsam fortgeführte Aufzeichnungen der besonderen Strahlenbrechung der Sonne am hellen Mittag waren die Beobachter in der Lage, die Zeiten der Frühlingssonnenwende, des Sommerstiltiums und der Herbstsonnenwende genau festzustellen. In der Thatemose waren die Mayas oben Zeitgenossen weit voraus. Sie errieten den Begriff der Null tausend Jahre vor den Hindus, die ihn den Arabern vermittelten, die ihn wiederum den Europäern weitergaben. Die Mayas waren tief religiös. Wie die Römer hatten sie ein Pantheon von Göttern, eine Priesterkastei und eine Schwesternkastei, die des Gebälde der Keuschheit oblagte, sowie die Institution der Sündenbekenntung und Sündenvergebung. Friedliebend und vertrauensselig, wie sie waren, unterließen sie es, eine ihrer großen Städte zu befestigen. Auch die Spanier, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts ins Land kamen, waren glaubensselbig. Unablässig bemüht aber haben sie in ihrem fanatischen Uebereifer das „Teufelswerk“ der Mayas mit Stumpf und Eisel ausgerottet und ihre wundervolle Wissenschaft völlig zerstört. Nur drei Bücher haben ihre Schatzkammern überlebt. Aus diesen und aus Steininschriften hat die Wissenschaft in geduldiger, mühseliger Arbeit Stück für Stück eine Geschichte der Mayas zusammengesetzt, die so spannend und romantisch annimmt, wie nur je ein Kapitel aus der Geschichte der Menschheit. Aber mehrere Abschnitte dieser Geschichte fehlen noch. Vielleicht werden die vielbesprochenen Entdeckungsflüge Lindberghs und die Funde der mexikanischen Archäologen dazu beitragen, der Welt die Lösung des Rätsels zu vermitteln, das Werden und Vergehen der Mayas heute noch darstellt.

Der Südtel der trans-perischen Eisenbahn vollendet. Nach einer Meldung aus Teheran ist zu Digital von dem persischen Schah der südliche Teil der neuen Eisenbahnlinie, die quer durch Persien führt, feierlich eingeweiht worden. Der Bau dieser Linie, der über raschend schnell fertiggestellt wurde, ist von einer deutsch-amerikanischen Gesellschaft ausgeführt. Die ganze Eisenbahnstrecke, die für die wirtschaftliche Erleuchtung Persiens von größter Bedeutung ist, durchschneidet Persien vom Persischen Golf bis zum Kaspiischen Meer. Der südliche Ausgangspunkt ist Schapur. Der Ausgangspunkt am Kaspiischen Meer ist Bendergas, und die Anfangsstrecke von dort nach Sari wurde bereits im November eröffnet. Die Kosten des Baues, die zunächst auf 200 Millionen Mark veranschlagt wurden, werden jetzt auf mindestens 400 Millionen Mark geschätzt.

## Erich Grijar: Chirurgenlalein

„Ja, wenn die Patienten immer wüßten, was ihnen fehlt, da machte das Arbeiten Spaß.“ sagte Doktor Magen schnitt das Gespräch fort, „aber die meisten wissen ja gar nicht, was ihnen fehlt.“

„Oder was sie zuziel haben.“ meinte Doktor Stetsberei. „Da habe ich mal einen am Magen operiert. Der Kerl wollte und wollte sich nicht operieren lassen. Ihm fehlte nichts, aber auch gar nichts. Ra, und was war das Ende vom Liede? Er hatte ein halbes Barenhaus verschluckt. Ein Wunder, wie der Kerl hat leben können damit. Aber „Mir fehlt gar nichts“, „Gar nichts“, murrte er noch, wie wir ihm den Plunder schon längst ausgeräumt hatten.“

„Ra ja, das kommt öfter vor. Aber wir haben im Kriege mal einen geholt, der steckte so voll Granatsplitter, daß wir einen Munitionswagen brauchten, um das Zeug nachher wegzufahren.“

„Ja, im Operationsaal kann man schon was erleben. Ich war mal Assistent bei einem Chirurgen, wenn der nicht jede Nacht zweimal nähte, war der nicht glücklich. Also etwas vergaß der doch immer. Mal war's das Operationsmesser, mal die Darmklemme. Als ihm bei einer solchen Gelegenheit mal einer draufging, wurde er trüblich und jetzt sitzt er im Sanatorium darüber nach, ob man die Operationsnähte nicht überhaupt durch Reißverschluß ersetzen kann.“

„Wenn er's rauskriegt, wäre mir geholfen.“ meinte Dr. Magen schnitt nun. „Dann könnte ich auch den Mann behandeln, der mir seit Monaten schon auf der Pelle liegt. Der Mann behauptet, er habe keine Zeit zum Essen und weil doch nur einmal gegessen sein muß, will er, daß ich ihm den Magen mit einer Klappe versehe, mo er die ganze Mahlzeit reinziehen kann, ohne daß er auch nur eine Minute mit Kauen verliert.“

„Verrückt Hund das, aber noch nicht so verrückt wie der, den ich mal in der Praxis hatte, der Kerl konnte nie genug beim Essen kriegen. Es schmeckte ihm einfach zu gut. Und sein größter Kummer war, daß ihm die Speisen zu lange im Magen blieben. Dem habe ich dann nachher fünf Meiler vom Dünnarm wegnehmen müssen, nur damit er öfter am Tage essen konnte.“

„Ach, du lieber Gott. Da haben wir auf unserer Station noch ganz andere Dinge gebrüht. Da war doch einer, dem hatten sie den rechten Arm abgefahren, er war sehr unglücklich, weil er Brillegeiger war. Aber mein Professor machte ihm eine Prothese, so kunstvoll, daß der Mann nachher besser gehen konnte als vorher.“

„Ra ja, so'n dummen Arm anzulegen, wenn das auch schon was ist.“ meinte Magen schnitt nun. „Da habe ich einen Fall in meiner Praxis gehabt, daß wir einem Patienten einen vollständig neuen Kopf ansetzen mußten. Aus Holz natürlich. Wir hätten ja nicht geglaubt, daß der Mann noch eine Stunde gelebt hätte und waten darum sehr verwundert, als der Wärter uns berichtete, daß der Mann ohne jede Hilfe das Haus verlassen hatte. Wir gingen sofort um nachzusehen. Es war aber wahr. Und wissen Sie, wo wir den Mann nachher wiedergefunden haben? Für Hülse hielt er Bohrerhölz! Und wir hatten fast, ihn wieder ins Krankenhaus zu kriegen. So nötig brauchen sie den Mann bei der letzten Wahl.“

„Ja, das sind ja Operationen und glücklich der Arzt, dem solche Fälle begegnen.“ meinte nun Doktor Hilfsberei, „er kann nur Kartelle daraus ziehen, denn James spricht sich rum und schadet nie. Aber manchmal kommen einem auch Fälle in die Quere, die einen aus lauter Hilfsbereitschaft in schlechten Raumund bringen.“

„Ra, als Arzt kann man sich doch immer ausreden, denn einem Toten gesund zu machen, das verlangt doch nicht einmal die Krankenkasse, und die verlangt schon nie für ihr Geld.“

„Ja.“ begann nun Dr. Hilfsberei seine Erzählung. „Ich komme doch da neulich über eine Straße, die gerade neu befestigt wurde. Ich gehe friedlich meiner Wege, als ich plötzlich in das Ruffeln der Dampfwalze hinein einen Schrei gellen höre. Rann, denke ich, was ist den da los und nehme die Beine über'n Raden. Wie ich hinstimme, sehe ich schon das Malheur. Da war einer unter die Dampfwalze gekommen. Zu retten war nichts mehr, das sah ich gleich, aber ich schreie, ich bin Arzt und kümmer mich um den, der platt wie eine Briefmarke dalag. Er wohnt gleich hier vorne, sagt einer aus der Menge. Ra, denn wollen wir ihn hinbringen. So weit, so gut. Aber die Frau war wohl gerade einfallen gegangen und nun standen wir vor der verschlossenen Tür. Wir warteten eine Weile und weil wir doch nicht helfen konnten, haben wir den Betruglichen unter der Tür hergeschoben. Wir hätten das nicht machen sollen, genüß. Es war kein schöner Zug. Aber keine Frau würde schon sehen, was mit ihrem Manne los war.“

„Nächsten Tag komme ich wieder in die Gegend. Ra, denke ich, müßt mal rausgehen, vielleicht muß ein Totenschwein ausgefressen werden oder was. Ich klopfe an. Und denke, eine heulende Witwe strömt mir entgegen. Aber nichts da. Bergmäst sagt sie: „Bitte, legen Sie sich. Mein Mann kommt auch gleich.“

„Ohr Mann?“ sagte ich. „Ohr Mann?“ Ja, aber den habe ich doch gestern platt wie eine Briefmarke unter 'ner Dampfwalze weggejogen.“

„Was hat denn schon macht.“ erwiderte die Frau stämmig. „Dem habe ich ein Päckchen Bodpulver eingegeben und da ist er mir aufgegangen wie ein Pfannkuchen.“

„Donnerwetter, das ist ein starker Tobak.“ verfehte Dr. Magen schnitt. „Aber ich aus aufhören, sonst toht uns der gleich noch 'ne Prise Schmutztobak in die Schuhspitzen, daß unsere Zehen niesen müssen.“

„So'n Fall hab' ich auch mal geholt, da haben sie einem Studenten, dem sie bei der Mensur Nase und großen Zehen abgemäht hatten, die Nase falsch angenäht.“

„Nenich, nun sei still, das wird ja schlimm mit eurer Bögerei.“ regte sich die Gesellschaft auf. „Kommen, gebe die Karten aus, wir wollen taroken.“

„Aber nicht schwindeln dabei, ihr Kohlrüder.“ warnte Dr. Stetsberei vorstichtig.

Ausgrabungen in der „Stadt der Stinfat“. Bei den neuen Grabungen, die der englische Archäologe G. Leonard Woolley an der Stätte des alten Ur der Chaldäer veranstaltet, ist er bis zu den Schichten vorgegrungen, in denen er im vorigen Jahre die auffsehen-erregende Entdeckung von Spuren der Stinfat machte. Wie er in einem Bericht der „Times“ mitteilt, hat er in dieser Schicht jetzt weitere Forschungen unternommen und die Fundamente von fünf ganz verschiedenen Bauten gefunden, die einer über dem andern liegen. Alle diese Bauten müssen der ältesten Zeit des 4. Jahrtausends v. Chr. angehören, und besonders die tiefste, die 3. Schicht, die Häuser von einer ganz verchiedenen Form aufweist, bedeutet nach seiner Ansicht einen neuen Wohnort in der archaischen Er-forschung Mesopotamiens.



